Nr. 278.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6910.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

11. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 29. November 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Wähler, seid auf der Hut!

Das deutsche Reichsschiff schwankt bedenklich, am Steuer ist keine feste Hand, und der Zickzackkurs verräth die Rathlosigkeit, welche mit „Volldampf voraus!" ins Dunkle und Ungewisse hineinstürmt. In dem Chaos der Regierungspolitik begegnen wir blos zwei festen Punkten: der fixen Idee von Gesetzen gegen den „Umsturz", und dem, allerdings weniger in den Vordergrund tretenden, darum jedoch um so ernsthafteren Plane, — das deutsche Volk wieder zum Vivisektionsthier für einen gewaltigen Aderlaß zu machen.

Die letzte Session des Reichstags hat die Steuerentwürfe des Herrn Miquel zur Deckung der Kosten für die neue Militärvorlage bekanntlich zum Scheitern gebracht. Die Finanzlage des Reiches ist eine vergleichsweise günstige, so daß die Regierung sehr gut auskommen könnte, wenn es sich nur noch um die neue Militärvorlage handelte.

Allein das ist nicht der Fall. Der Appetit kommt beim Essen, und was die sozialistischen Abgeordneten im vorigen Jahre bei Diskussion der neuen Militärvorlage prophezeiten, ist eingetroffen: sie genügt dem Nimmersatt Moloch nicht; die Halbbataillone sollen zu Ganzbataillonen erweitert werden, und weitere „Reformen" sind im Werk. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Sturz des Grafen Caprivi deshalb erfolgte, weil er sich weigerte, den maßlosen Forderungen der ebenfalls nimmersatten Junker, und denen des Militarismus zu entsprechen.

Man hat die gegenwärtige Lage mit der des Jahres 1878 vor den „rettenden" Attentaten verglichen. Wie Bismarck elf Jahre später einem russischen Besucher erzählte, war er damals am Ende seines Lateins. Die „nationale" Reichstags-Mehrheit war den Weg alles Fleisches gegangen, der Reichstag setzte sich auf die Hinterbeine, und sogar innerhalb der Regierung fand der allgewaltige Kanzler Widerstand. Er mußte abtreten oder einen gefügigen Reichstag zusammenbekommen. An ersteres dachte der Hausmeier nicht. Aber wie die Majorität bekommen? Dazu bedurfte es eines „guten Wahlrufs": nämlich eines Wahlrufs, der die Wähler verwirrte, sie zwang, bei der Regierung Hilfe zu suchen und sich ihr in die Arme zu werfen.

Da knallte das Hödel'sche Terzerol. Und Heureka! rief Junker Bismarck, ich habe gefunden: „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten." Ob er, ähnlich wie 15 Jahre später der französische Bourgeois ausrief: Gesegnet sei das Terzerol! wissen wir nicht, wahrscheinlich ist's

Was weiter kam, ist bekannt. Dem Hödel folgte der Nobiling: der Reichstag wurde aufgelöst, der Sozialistenschreck unter die Wähler geschleudert, und Bismarck erhielt seine Majorität, die erst, als Aufstands-Ouvertüre, den Sozialistengesetz-Spuk aufführte, und dann zur famosen „Wirthschaftspolitik", dem eigentlichen Zweck der Auflösung, Ja und Amen sagte, das heißt, zu dem gigantischen Beutezuge der Junker und Großkapitalisten, der ihnen Millionen eingebracht, dem deutschen Volk Milliarden gekostet hat. Das Rothe Gespenst hatte die Rolle des Zutreibers gehabt, der die Fische ins Netz jagte.

Jetzt eine ganz ähnliche Lage. Die Regierung steckt in der Sackgasse; sie braucht Geld und der Reichstag will es nicht bewilligen. Sie braucht einen anderen Reichstag, der kuscht, apportirt und über den Stock springt. Und um einen solchen zu erlangen, braucht sie einen Wahlruf, der, wie 1878, das Volk verwirrt und ihr eine Majorität giebt. Mit dem Ruf: Mehr Steuern! wäre der Regierung die Niederlage gewiß. So hat man nach einem anderen Ruf sich umthun müssen, und da ist man denn schließlich in Ermangelung neuer Ideen auf den alten Ruf verfallen: Rettung der Gesellschaft!

Daß der Lärm gegen den „Umsturz" ein künstlicher ist, das liegt doch gar zu offen auf der Hand. Deutschland ist das einzige Land, in dem keine „anarchistischen Verbrechen" verübt worden sind; und zwar ist dies, nach dem Urtheil aller einsichtigen Menschen, einzig der Schulung unseres Proletariats durch die Sozialdemokratie zu verdanken. Man kann das deutsche Volk doch nicht dafür strafen, daß ein Italiener in Frankreich einen Mord begangen hat! Oder will man es strafen, weil kein Deutscher in Deutschland einen Caserio-Dolch geschwungen hat? Da hört ja alle Vernunft auf. Jedenfalls ist in Deutschland die Bewegung gegen den Umsturz so sinnlos, so absolut unmotivirt, daß es nicht möglich ist, an die Echtheit zu glauben.

Die Urheber dieser demagogischen Radau-Farce wissen, daß der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung für kein ihnen genügendes Umsturzgesetz zu haben ist; sie wollen eine Reichstagsauflösung; sie wollen im Wahlkampf das Rothe Gespenst umgehen lassen; sie wollen eine servile Majorität ergattern, welche die stärkste Oppositionspartei knebelt, und dann an dem widerstandslos gemachten deutschen Volk die Weißblutung vornimmt.

Vom Umsturz spricht man, hundert Millionen neuer Steuern meint man. Und hinter den neuen Steuern erhebt sich eine neue Militärvorlage und erheben sich die nie zu befriedigenden Ansprüche der heißhungrigen Junker.

Aller menschlichen Berechnung nach sind in Bälde Neuwahlen zu erwarten. Die Absicht bestand, schon vor Weihnachten den Reichstag zu einer Entscheidung über das noch nicht ausgebrütete Umsturzgesetz zu zwingen. Einen andern Sinn konnte der Plan, vor Weihnachten blos das Umsturzgesetz vorzulegen, nicht haben. Der Plan mußte, weil allen parlamentarischen Sitten zu schroff widersprechend, aufgegeben werden. Allein das Ziel ist nicht aufgegeben. Wir dürfen uns nicht überraschen lassen.

Darum, deutsche Wähler, seid auf der Wacht! Und bereitet Euch vor für die Kämpfe, die uns sicher bevorstehen!

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag.

In eigener Sache.

Unser Münchener Parteiorgan bringt in seiner letzten Nummer (270) unter „Parteinachrichten" folgendes:

„Der „Vorwärts" brachte in seiner letzten Freitags-Nummer eine Erklärung, die wir in der letzterschienenen Nummer der „M. Post" unter dem Titel „der „Vorwärts", der Parteitag und die „Münch. Post" zum Abdruck brachten. In der am folgenden Tage erschienenen Nummer bringt das Zentralorgan eine neuerliche Erklärung, durch welche angeblich nur einer irrthümlichen Auffassung der ersten bezüglichen Aeußerung vorgebeugt werden soll, die aber wesentlich anderes sagt und die Stellungnahme des „Vorwärts" in dem Streitfalle bedeutend verändert erscheinen läßt. Die Erklärung lautet:

„In unserem gestrigen Artikel heißt es, daß das Urtheil, welches wir in den Leitartikeln des „Vorwärts" über den Frankfurter Parteitag gefällt haben, „in diametralem Gegensatz zu dem von Bebel in der Versammlung des 14. November Gesagten" stehe.

„Damit war lediglich erklärt, daß wir das pessimistische Urtheil Bebel's über den ganzen Verlauf der Verhandlungen und das geistige Niveau des Parteitages, sowie eines Theils der Partei in keiner Weise billigen, und unser in jenen Artikeln formulirtes günstiges Urtheil nicht zurückziehen können.

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Im Exil. 14

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Man sagt, daß eine der raffinirtesten Qualen, welche menschliche Grausamkeit ersonnen, darin besteht, daß man einem Verurtheilten die Haare einzeln ausrauft. Im Anfang fühlt man nichts, nichts als einen kaum merklichen Stich, zu dem man nur das Gesicht verzieht. Allmälig aber werden die Nerven gereizt, die Haut entzündet sich, der Schmerz wird heftiger, rasend. Es ist dann, als ob tausend Nadelspitzen zugleich das brennende Hirn durchbohren. Der Unglückliche zittert, wälzt sich in Krämpfen, schreit, und seine Schmerzen steigern sich so, daß er dem Wahnsinn, zuweilen dem Tode nahe ist.

Das Exil ist eine langsame Folterqual derselben Art. Was ist ein Tag, was ist ein Monat, den man in der Fremde zubringt! Wo ist der Reisende, der sich nicht einmal zu seinem Vergnügen längere Zeit fern von seinem Vaterlande aufhält? Und doch, wenn sich Monat an Monat, Jahr an Jahr reiht, wenn die Hoffnung auf Rückkehr unaufhörlich gehegt und unaufhörlich getäuscht wird und das Herz immer wieder erregt und verwundet, dann bildet sich dort eine schmerzende, blutende Wunde, die immer größer und schlimmer wird. Dann erschüttern und brechen Ungeduld, Muthlosigkeit und Fieber selbst die Stärksten, und das Heimweh, jenes geheimnißvolle Leid, das Leib und Seele zugleich ergreift, wird so unerträglich, daß mehr als einer sich durch einen freiwilligen Tod von seinen Qualen befreite.

Die Familie Messant litt gar bald unter den ersten Anfällen dieser Krankheit. Doch sagte sie sich mit naivem Vertrauen: Morgen werden wir nach Frankreich zurückkehren. War es da der Mühe werth, sich einzuleben und Wurzel zu fassen in dem Boden, über den sie doch bald wieder hinweggehen würden? So schwebten sie stets halb in der Luft und führten ein unbeständiges Leben.

Herr und Frau Messant hatten in Paris alles, was ihnen theuer war, zurückgelassen. Sie dachten nur an Paris, sie sprachen nur von Paris. Paris wurde zur fixen Idee für sie. Der See, die Berge, das alles war gewiß sehr schön, aber Paris mit seinem Frohsinn, den man dort mit der Luft einathmet, mit seinem Auf- und Abwogen von Menschen, Wagen, Lichtern, mit seiner fortwährenden Bewegung und seinem Gebrause, das dem des wildbewegten Ozeans gleicht, mit seinen mit Erinnerungen gepflasterten Straßen, seinen von historischen Phantomen belebten Monumenten, seinen Parks voll Lachen und Gesang, voll zärtlicher Pärchen und Kinderscharen, Paris mit seinem reichen Gürtel von Hügeln, Wäldern und koketten Villen, die unter Flieder und Rosen fast verschwinden, ja, Paris, das war etwas ganz anderes, das war für sie die einzige Stadt der Welt.

Wenn man ihnen von reichgewordenen Gebirgsbewohnern erzählte, die in ihr Heimathdorf zurückkehrten, um dort zu sterben, so seufzten sie wohl und dachten, daß die Liebe der Pariser für ihr Paris ebenso stark sei. Welch ein Fest war es, wenn sie jemand die Hand schütteln konnten, der diese Wunder gesehen hatte und ihren Enthusiasmus begriff, wenn nicht gar theilte. Doch war diese Freude selten. Die wenigen Personen, welche sie kannten, stellten sich nach ihren Romanen und verschiedenen Geschichten, die sie gehört hatten, die große Hauptstadt als das unlautere Stelldichein für verbotene Vergnügungen und alle möglichen und unmöglichen Verbrechen vor. Sie versuchten auch nicht, neue Bekanntschaften anzuknüpfen. Wozu auch, da sie vielleicht am nächsten Tage schon den begonnenen Verkehr wieder abbrechen mußten? Es war auch gar nicht so leicht. Sie hatten gesehen, wie sich bei Frau Roveray das Eis wieder neu bildete in dem Augenblicke, wo sie es gebrochen glaubten. Nachdem sie aus ihrem Hause nach Ablauf ihres Miethskontraktes fortgezogen waren, begegneten sie ihr nur noch selten. Sie waren fast Fremde für sie geworden. Sie schreckten auch vor den Bemühungen zurück, die es sie gekostet hätte, um sich den Eintritt in irgend eine andere Waadtländische Familie zu erzwingen, und so blieben sie einsam. Sie alterten rasch in der beständigen Erwartung eines Tages, der nicht kam, lebende Beweise für die traurige Wahrheit, daß die Freundschaft eine Blume ist, die im Frühling und Sommer leicht, im Herbst des Lebens dagegen schwer aufblüht.

Um so lebhafter stürzten sie sich auf alles, was aus Frankreich kam. Sie verschlangen die Zeitungen; sie verfolgten die politische Bewegung leidenschaftlich; jede Wahl, jeder Ministerwechsel führte sie wieder direkt in die Sache hinein. Man mußte es sehen, wie sie in höchster Erregung förmlich an den Lippen des Redners hingen, wenn ein Amnestieantrag in der Kammer berathen wurde. Hoffnungsfunken fielen ihnen dann wieder in die Herzen. Sie beriethen schon darüber, was sie dann beginnen würden, wenn sie wieder in ihr geliebtes Paris zurückgekehrt wären. Aber als der Appell an die Gnade mehr als einmal an dem zähen Widerstande der maßgebenden Personen gescheitert war, als ein Mann, der den Moment besonders geschickt auszunützen verstand, ganz ernsthaft die Theorie aufgestellt hatte, die künftigen Generationen wie ein unmögliches Paradoxon klingen wird: „Wir müssen eine Republik ohne Republikaner schaffen", — da brach der alte Messant in zornige Verwünschungen aus, während seine Frau, die Augen auf den See geheftet, den sie dennoch nicht sah, wie durch einen Thränenschleier jenseits des Jura, jenseits des fernen Horizontes, den er wie eine düstere Mauer versperrte, wie in einer Vision die nebligen Umrisse des Pantheon und das ewige Lichtmeer der Boulevards sah.

So rannen die Jahre dahin, grau, einförmig, trostlos. Traurigkeit und Langeweile lasteten wie ein schwerer Nebel auf den beiden alten Leuten und beugten sie zu Boden.

„Unsere Aeußerung ist aber auch dahin mißverstanden worden, als hätten wir uns gegen die Stellungnahme Bebel's zu den auf dem Parteitag verhandelten Fragen erklärt. Das ist ein Irrthum.

„Die Bebel'sche Resolution über die Taktik in den Landtagen war von Liebknecht nicht nur mitunterzeichnet, sondern auch mitredigirt; und in der Agrarfrage steht Liebknecht, wie er auch gestern in einer Volksversammlung ausführte, seit einem Vierteljahrhundert auf demselben Standpunkte wie Bebel."

Wir müssen dann doch bitten, daß sich das „amtliche" Organ unserer Partei deutlicher ausdrückt. Mit Redensarten ist in der nun einmal angeschnittenen Frage nichts gethan. Nur bei unumwundenem klaren Meinungsausdrucke wird die Differenz beigelegt und die nöthige Klärung im Interesse der Partei herbeigeführt werden können. Das erwarten wir vom „Vorwärts" in allererster Linie. Die streitige Frage lautet: Ist es nothwendig, daß den Genossen in den einzelnen Landtagen vom deutschen Parteitag vorgeschrieben wird, wie sie zu stimmen und welche Haltung sie den verschiedenen Fragen gegenüber einzunehmen haben, ob ihr Thun vom prinzipiellen Standpunkte aus beurtheilt werden muß, oder soll es denselben überlassen bleiben, taktisch so zu handeln, wie sie es als für die Entwicklung und Stärkung der Sozialdemokratie, den jeweiligen örtlichen Verhältnissen entsprechend für gut befinden. Wir Bayern haben uns auf dem in München stattgefundenen Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie für letzteres entschieden. Auf dem deutschen Parteitag in Frankfurt sollte die Thätigkeit der Parteigenossen in den verschiedenen und in erster Linie im bayerischen Landesparlament schablonisirt, prinzipiell festgelegt werden. Ein bezüglicher Antrag fand die Mehrheit nicht und blieb die Frage offen, was unzweifelhaft dem Willen des Parteitages entsprach.

Nach dem Frankfurter Parteitag schrieb der „Vorwärts" in einem — dem in obiger Erklärung erwähnten — Leitartikel in Nr. 254 vom 31. Oktober über die von den Gegnern uns an den Kopf geworfene Behauptung, die Partei habe sich „gemausert" und sei daran, eine „radikale Reformpartei" zu werden, sowie über die sogenannte bayerische Angelegenheit folgendes:

„Wir haben schon vor dem Parteitag gesagt, daß unsere Partei allezeit eine „praktische" gewesen ist, daß in den übrigen Landtagen und im Reichstage von unseren Genossen ebenso wenig Utopisterei getrieben wird, wie im bayerischen Landtag, und daß die angeblich neue Taktik Vollmar's von der Partei bereits allgemein adoptirt war, ehe Vollmar in die Partei trat. Wer sich hiervon überzeugen will, braucht blos die Verhandlungen des Leipziger Hochverraths-Prozesses zu lesen.

„Wenn es bei dieser und jener Gelegenheit zu Differenzen betreffs der Taktik gekommen ist, so galt dies nur einzelnen konkreten praktischen Fragen. Wäre eine prinzipielle Differenz vorhanden gewesen, so würde es auf dem Erfurter, spätestens auf dem Berliner Parteitag zum Bruch und zu einer reinlichen Scheidung gekommen sein. Unsere Gegner sind zwar auf das Eifrigste bemüht, einen prinzipiellen Gegensatz künstlich zu schaffen, und die „Bayern" zu Sonderbündlern zu stempeln, allein mit diesen Bemühungen, deren Zweck doch gar zu durchsichtig ist, haben die biederen Klugmeier kein Glück, und ihr einziger Erfolg ist: sie werden von uns ausgelacht. Wir brauchen keine Belehrung darüber, wer unser Freund und wer unser Feind ist."

Am 14. November beliebte es nun dem Genossen Bebel, entgegen der Aeußerung des Frankfurter Parteitages, in der Berliner Versammlung zu fordern, daß die parlamentarische Thätigkeit unserer Genossen in den Einzellandtagen prinzipiell festgelegt werden müsse, und daß sich die Partei eine Taktik, wie sie von Vollmar und Genossen speziell im bayerischen Landtage verfolgt werde, auf die Dauer nicht gefallen lassen kann.

Es ist daher ein toller Widerspruch vom „Vorwärts", wenn in der zitirten Erklärung gesagt wird, daß das früher gefällte günstige Urtheil über den Parteitag nicht zurückgezogen werden könne, da es den Thatsachen entspreche, anderseits aber behauptet wird, daß er mit Bebel's Stellungnahme zu den auf dem Parteitag verhandelten Fragen vollkommen einverstanden sei.

Der „Vorwärts" möge doch klipp und klar darthun, ob er den Streitfall als einen prinzipiellen oder als einen lediglich taktischen betrachtet und aus welchen Gründen."

Die „Münchener Post" will, daß der „Vorwärts" „klipp und klar darthue, ob er den Streitfall als einen prinzipiellen oder als einen lediglich taktischen betrachtet". Ich kann zwar nicht sagen: der „Vorwärts" bin ich; aber in diesem Falle bin ich allerdings der „Vorwärts" und werfe deshalb das redaktionelle „wir" bei Seite, und spreche einfach als Parteigenosse. Alle Artikel und Notizen, auf welche die „Münchener Post" sich bezieht, sind von mir geschrieben und für alles darin Gesagte trete ich selbstverständlich ein.

Zunächst „klipp und klar" die Antwort auf die mir gestellte Frage:

Den „Streitfall" betrachte ich nicht als einen prinzipiellen, sondern als einen taktischen. Das „lediglich" lasse ich weg, denn bei diesen Fragen hat auch das Prinzip mitzureden, und in dem vorliegenden Fall bin ich der Meinung, daß unsere prinzipielle Stellung gegenüber dem in den Einzelstaaten wie im Reich herrschenden System in den Einzellandtagen ebensogut wie in dem Reichstag die Verwerfung des Gesammtetats erheischt. Mein Standpunkt ist in der bekannten von Bebel und mir redigirten Resolution ausgedrückt. Ich bin überzeugt, daß dieser Standpunkt, wenn ruhige Erwägung die Oberhand gewinnt, auch von den bayerischen Genossen getheilt werden wird, denen einen Prinzipienverrath vorzuwerfen mir nicht in den Sinn kommt.

Aber die „Münchener Post" irrt, wenn sie „den Streitfall" mit dieser Frage der Taktik für eins erklärt. Die Frage der Abstimmung in den Landtagen, die gerade weil sie „offen", die Gemüther nicht zu erhitzen braucht, hat ebenso wenig wie die Grund- und Bodenfrage (die Landagitation mit eingeschlossen) die gegenwärtige Erregung in Parteikreisen hervorgerufen. Ueber beide Fragen wird noch viel geredet und geschrieben werden, und es wird unzweifelhaft mit der Zeit — wohl schon auf dem nächsten Parteitage — eine Uebereinstimmung erzielt werden.

Was die gegenwärtige Erregung hervorgerufen hat, ist — wir wollen nicht Blindekuh spielen — die durch Bebel's Rede im zweiten Berliner Wahlkreis da und dort veranlaßte Annahme, Bebel, und vielleicht Andere, die hinter ihm stehen, hätten ein Pronunciamento, oder, wie Vollmar es genannt hat, eine Fahnen-Erhebung gegen den Parteitag und für Errichtung einer — mehr oder weniger verkappten — persönlichen Diktatur bezweckt.

Und hier will ich mich, so weit ich es mir selbst und der Partei schuldig bin, mit völliger Offenheit aussprechen. Der Ton der Bebel'schen Rede hat mir nicht gefallen, auch zum Theil der Inhalt nicht. Unrecht hat Bebel zweifellos mit seinen Aeußerungen über die angebliche Verflachung und Verwässerung der Partei. Die Partei war in Wirklichkeit niemals auf einem so hohen geistigen Niveau, wie gegenwärtig, und sie entwickelt sich fortwährend, in die Tiefe so gut wie in die Breite.

Ich denke, das ist „klipp und klar".

Aber die Annahme der Absicht eines Pronunziamentos ist eine unsinnige. Ob Bebel über das Recht der freien Kritik hinausgegangen ist oder nicht, das ist eine müßige und für die Sozialdemokratie lächerliche Frage. Die Freiheit der Kritik ist für uns eine unbeschränkte und in ihrer Unbeschränktheit bildet sie das festeste Bollwerk der Partei. Also keine sentimentale Klagen über Rücksichtslosigkeiten! Die, welche Bebel angegriffen hat, haben ihm geantwortet und werden ihm noch antworten.

Nur rede man nicht von Fahnenerhebung! Wäre das wahr, daß Bebel eine solche beabsichtigt und sich der Partei als Retter habe aufdrängen wollen, so wäre das einfacher Parteiverrath gewesen, der die sofortige Entfernung des Möchtegern-Parteiretters aus der Partei zur Folge gehabt hätte und hätte haben müssen! Und was unser hannover'sches Parteiorgan, das an die Möglichkeit eines Pronunziamento's, einer Rebellion gegen die Parteitagsbeschlüsse glaubte, in dieser Beziehung gesagt hat, würde von der ganzen Partei gesagt worden sein, wenn die Annahme begründet gewesen wäre.

Aber, so frage ich, wie konnte man Bebel auch nur einen Augenblick eine derartige Nichtswürdigkeit und — Dummheit zutrauen?

Es ist wahr, der Schein war ja im Anfang bis zu einem gewissen Grad irreleitend. Die Deutung, die der Rede sofort durch die gegnerische Presse gegeben wurde, die ausführliche und zum Theil sensationelle Berichterstattung auch für einen Theil der Parteipresse,*) — und verschiedene, Bebel fälschlich in den Mund gelegte Aeußerungen, konnten das Urtheil verwirren.

Aber nochmals, wie kann man im Ernst an den Gedanken und an die Möglichkeit eines Bebel'schen Staatsstreichs glauben?

Was ich persönlich denke, weiß nun ein Jeder. Daß die Redaktion des „Vorwärts" als solche nicht in den Streit sich einmischte, war sicherlich im Interesse der Partei. Und wenn ein Blatt von dem Kaliber des „Fränkischen Courier" mir „Schwanken in diesem Streit" unterschiebt und dieses Schwanken auf Angst um mein Redakteurgehalt zurückführt, so spiegelt dieses saubere Blatt damit nur das Schmutzbild seiner eigenen schönen Seele ab.

In den zwei Fragen der Landtagstaktik und der Agrartaktik stehe ich genau auf demselben Standpunkte wie Bebel. Was insbesondere die Agrarfrage und Taktik betrifft, so habe ich schon 1869 meinen Standpunkt präzisirt, worüber das Nähere in meiner „Grund- und Bodenfrage" nachzulesen ist.

Die Diskussion über diese zwei Fragen trenne ich von dem durch Bebel's Rede veranlaßten Streit — sie war und ist Aufgabe der Partei; und es wäre im Interesse der Diskussion, wenn diese Trennung allgemein beobachtet würde.

Das Münchener Bruderorgan hat nun die Antwort, die es forderte. Und sogar Antwort auf mehr als es gefragt hat. Den Widerspruch, den es zwischen meinem ersten Artikel: „In eigener Sache" und der zweiten Notiz mit der nämlichen Ueberschrift gefunden hat, ist nur ein scheinbarer: die zweite Notiz war veranlaßt durch das Mißverständniß oder richtiger die Mißdeutung der gegnerischen Presse, ich habe, indem ich Bebel's Urtheil über den Parteitag und die Partei zurückwies, auch Bebel's Standpunkt in der Agrarfrage und Landtagstaktik zurückgewiesen. Diesen — absichtlichen oder unabsichtlichen — Irrthum konnte ich nicht unberichtigt lassen.

Nicht „geschwankt" habe ich — sobald ich von Bebel's Rede erfuhr, beurtheilte ich sie so, wie ich sie jetzt beurtheile, und ich habe mich von Anfang nach Kräften bemüht, den Streit einzudämmen, eine Ausartung zu verhindern und den Frieden wie der vorzubereiten. Und dies wird, so lange es noch nöthig, auch fernerhin mein Bestreben sein.

Dabei habe ich die beruhigende Gewißheit, daß unsere Partei von niemand geschädigt oder gar gefährdet werden kann — weder von Feind noch von Freund.

Berlin, den 27. November 1894.

W. Liebknecht.

*) Ich wollte der Rede im „Vorwärts" nicht mehr Platz einräumen, als Versammlungsreden gewöhnlich eingeräumt wird, aber die ausführlichen Berichte der anderen Blätter zwangen uns, unsererseits einen ausführlichen Bericht zu geben, der wenigstens frei war von Entstellungen. W. L.

Zur Entgegnung.

II.

In meinem ersten Artikel habe ich für jeden gerecht denkenden anständigen Menschen bewiesen, daß es eine unwürdige Insinuation ist, wenn Vollmar mir die niedrigsten Motive für meine Rede unterstellt. Heute gehe ich dazu über, die von ihm erhobene Anklage zu untersuchen: mein Verhalten gegenüber der Partei und dem Parteitag sei gleichzustellen mit der Handlungsweise, die seiner Zeit die Unabhängigen sich hätten zu Schulden kommen lassen und wegen der sie aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Die gestern zitirten Urtheile der Parteipresse beweisen zwar schon hinlänglich, daß Vollmar hier zwei Vorgänge miteinander in Vergleich stellt, die mit einander nicht verglichen werden können, und insofern könnte ich auf jede weitere Entgegnung und Widerlegung verzichten, und um so mehr, da diese zweite mir unterstellte Insinuation eben so unwürdig ist wie die erste, die er mir unterstellt hat. Aber da in einem kleinen Theil der Parteipresse ähnliche Vergleiche gemacht wurden und namentlich auch die gegnerische Presse sich beeilt hat, aus sehr durchsichtigen Gründen, sich dieses Argument anzueignen, so muß ich doch darauf eingehen. Außerdem legt Vollmar in seiner Entgegnung so großes Gewicht diesem mehr als zweifelhaften Argument bei, daß er immer wieder darauf zurückkommt, so neuerdings auch wieder in seiner letzten Münchener Rede, so daß auch schon aus diesem Grunde sich eine Untersuchung gebietet. Wenn Vollmar dabei äußert, er wolle nicht sagen, daß ich mit meiner Anklage der drohenden Verbürgerlichung der Partei bei Hans Müller Anleihen gemacht habe, der in seinen Schriften ähnliches gesagt, aber ich käme auf dasselbe hinaus, so will ich ihm zur Beruhigung mittheilen, daß ich jene Müller'sche Schrift vor Jahren nur einmal flüchtig durchblätterte und heute kaum noch weiß, was in ihr steht.

Aber was wäre auch dabei, wenn ich ausnahmsweise einmal mit Herrn Hans Müller in einem Punkte übereinstimmte, genau so wie ich den Inhalt des Artikels des „Sozialist" — eines Blattes, das häufig voller Komplimente für Vollmar, aber stets voll giftigster Feindseligkeit gegen mich ist — vielfach zutreffend fand, der überschrieben war „Die internationale bayerische Sozialdemokratie". Herr Hans Müller ist, weil er zum Theil gegen die Partei ähnliche Anklagen erhob wie ich, nicht aus der Partei ausgeschlossen worden, er hat, wie männiglich bekannt, freiwillig das Deutsche Reich sich von außen angesehen. Nun fühlen aber heute weit beschränktere Leute als Herr Hans Müller — der keineswegs beschränkt ist — gewisse Erscheinungen in der Partei sogar mit dem Stocke, und sehen, wo der weitblickende Vollmar nichts sieht, wahrscheinlich aber auch nichts sehen will.

Vollmar hätte deshalb sich und der Partei einen weit größeren Dienst erwiesen, wenn er statt mit seichtem Spott über meine Anklagen wegen Verwässerung der Parteigrundsätze und ähnlichem hinwegzugehen, bewiesen hätte, daß ich im Unrecht sei. Er hätte dann aber auch allerdings beweisen müssen, daß die Debatte auf dem Parteitag in Erfurt über die von ihm in seinen Münchener Reden im Sommer 1891 befürwortete neue Taktik und die Debatte über seine in der „Revue bleue" vorgetragenen Anschauungen über Staatssozialismus auf dem Parteitage zu Berlin, aus reinem Uebermuth und Lust an Skandal provozirt von uns worden seien.

Wer schon so oft wie Vollmar den Parteitagen die ausreichendste Veranlassung gegeben hat, sich mit seiner in der Partei vertretenen Politik aufs Gründlichste auseinanderzusetzen, und wer infolge dessen, wie er, zur Hoffnungssäule aller Halben in der Partei und aller bürgerlichen Reformschwärmer außerhalb der Partei, von der „Frankfurter Zeitung" bis zu den Berliner Geheimräthen geworden ist, hat alle

---

Der alte Messant erschrak jetzt fast über den Klang seiner Stimme, wenn er in der lauen Wärme eines schönen Tages oder nach einer guten Nachricht sich dabei überraschte, wie er eines seiner alten heimathlichen Lieder trällerte. Frau Messant zeigte in ihrem Gange eine ihr sonst fremde Mattigkeit. Die Briefe, welche in immer längeren Zwischenräumen aus Frankreich kamen, waren jetzt bedeutende Ereignisse. Bebend vor Erregung wurden sie aufgebrochen, um entmuthigt aus der Hand gelegt zu werden — so oft waren sie trocken, kurz, herzbrechend. Ach, das Kraut des Vergessens wucherte schnell in den Herzen der früheren Freunde!

Eines Tages hatte Frau Messant einen schrecklichen Weinkrampf. Sie blätterte mit zerstreuter Hand in der Liste der Fremden, welche den lauen Winter und den blauen See unter den blendenden schneeigen Bergen von Montreux aufgesucht hatten, als ihr Blick plötzlich auf einem ihr wohlbekannten Namen haften blieb. War es denn möglich? Ihr Vetter Dubourg ihr so nahe, kaum zwei Meilen von hier entfernt? Und er kam nicht mit seiner Familie, um sie zu besuchen? Frau Dubourg hier, die ihre Kousine, ihre Jugendfreundin war, die sie so oft bei sich empfangen und beherbergt hatte, die in Paris nicht sechs Wochen vergehen ließ, ohne mit ihr wenigstens einmal im Familienkreise zu sprechen? Zweifellos, sie hatten ihren letzten, bereits vor mehreren Monaten abgesandten Brief nicht beantwortet. Aber nein, — nur wenige Schritte weit von hier zu wohnen und nicht zu ihnen kommen — das war unmöglich! Sie las die Notiz von neuem. Da war kein Irrthum mehr möglich; „Pension des Alpes. Herr und Frau Dubourg nebst Tochter, Paris." Vielleicht hatte es ihnen bisher an Zeit gefehlt, sie zu besuchen? Doch nein! Das sorgfältig aufgezeichnete Datum ihrer Ankunft ließ erkennen, daß sie bereits seit fünf Wochen dort waren. Da konnte die arme Frau die Thränen nicht mehr zurückhalten, und obgleich sie die Zeitung schnell verbarg, um ihrem Gatten und ihrem Sohne einen unnöthigen Kummer zu ersparen, verriethen ihre gerötheten Augen sie doch und zwangen sie, diese neue Lostrennung zu offenbaren.

René litt unter den Leiden seiner Eltern. War das denn das ganze Glück, das er ihnen zu bereiten verstanden hatte? Mußten sie nun ihm und mehr noch als er zu Opfern einer unversöhnlichen Rache werden? Und ihre Melancholie lastete um so mehr wie ein Vorwurf auf ihm, als er niemals ausgesprochen wurde. Er hatte nur zu viele Gründe, traurig zu sein.

Er wurde von einem Traume verfolgt, der in seinen unruhigen Nächten hartnäckig wiederkehrte. Er sah sich in Paris, die große Treppe des Justizpalastes hinaufschreitend, eines Justizpalastes, den er nicht wieder erkannte, ein Wunder der Architektur mit den weiten Hallen einer Kathedrale.

Von alten Freunden umringt, die sich freuten, ihn wiederzusehen, stieg er die große Treppe empor. Das Barrett auf dem Kopfe, die Toga umgehängt, irrte er in dem Saale, der sich stets ins Unendliche verlängerte, umher. Da sind Sie ja endlich! sagte einer seiner früheren Lehrer zu ihm. Er ging von Gruppe zu Gruppe und empfing herzliche Begrüßungen und kräftige Händedrücke. Dann plädirte er mit einer Leichtigkeit und Wucht, die ihn selbst in Erstaunen setzte. Beifallsrufe, die der Präsident des Gerichtshofes nicht verhindern konnte, wurden laut ..... und er erwachte, traurig in dem schmerzlichen Gedanken an das, was hätte sein können und an seine verfehlte Zukunft.

Da begegnete er eines Tages auf dem Wege, der von Vevey am See entlang nach Clarens führt, einem bekannten Gesicht. Er stieß einen Ruf freudiger Ueberraschung aus.

Verdier, bist Du es, mein alter Verdier?

Und der andere, ein hochgewachsener junger Mann mit langem schwarzem Bart umarmte ihr stürmisch. Es war ein Schulkamerad, den er lange aus den Augen verloren hatte. Beide fragten zugleich:

Durch welchen Zufall bist Du hier?

Exilirt. Und Du?

Auch exilirt.

Nun folgte ein wirres durcheinander von sich kreuzenden Fragen und Antworten.

Ist das sonderbar, dies Zusammentreffen!

Wo wohnst Du? Was machst Du?

Was für ein Zufall, daß Du mein Nachbar und Gefährte im Exil bist!

Wir müssen öfter zusammenkommen. Dann können wir über alles plaudern!

Verdier unterbrach sich zuerst, um René einen andern jungen Mann vorzustellen, der ihrer Begrüßung lächelnd zugehört hatte.

Mein Freund Cayrolaz, sagte er. Auch ein Exilirter! Lauter schreckliche Kommunards! Es lebe die Republik!

Die drei jungen Leute, erfreut über den Zufall, der sie zusammenführte, erzählten einander in abgerissenen Sätzen kurz ihre Geschichte. Verdier, der seines Zeichens Lehrer war, hatte während der Erhebung die Funktionen des Maires von Batignolles versehen. Später war er unter falschem Namen bei einem Oberst der Armee Hauslehrer in Besançon geworden; eines schönen Tages, als er mit seinem Zögling einen Ausflug in den Jura machte, hatte er die Grenze überschritten und dem Obersten seinen Sohn nebst einem Briefe und Danksagungen zurückgeschickt. Cayrolaz war Redakteur des Journal offiziel der Kommune gewesen. Am Tage nach der Niederlage erinnerte er sich des Seminars, in dem er seine Studien gemacht hatte. Da er etwas kahlköpfig und bartlos war, wurde es ihm nicht schwer, sich als Priester zu verkleiden, und so zog er in der Soutane mit würdiger, gottergebener Miene als Pilger, der eine Wallfahrt macht, durch die Champagne und den Elsaß, bis er die Schweiz glücklich erreichte.

Dort war nun jeder von ihnen für sich von Stadt zu Stadt gezogen. Sie waren auf der Jagd nach einem Broterwerb durch Bern, Genf und Lausanne gekommen, und man brauchte nur ihre schäbige Kleidung, ihre hohlwangigen Gesichter anzusehen, um den Schluß zu ziehen, daß sie vom Glück nicht gerade begünstigt worden waren. Schließlich waren sie an den Gestaden des Haut-lac gestrandet, weil man dort französisch sprach. Hier waren sie, ohne sich zu kennen, an derselben Table d'hote zusammengekommen. Im Laufe der Unterhaltung hatten sie bemerkt, daß sie demselben Lande und derselben Partei angehörten. Von da an hatten sie sich zusammengethan und so gut oder schlecht es gehen wollte, versucht, sich gemeinsam durch das Leben zu

Ursache, in sich zu gehen und ernsthaft zu prüfen, ob denn in der That alles so schön bestellt ist, als es ihm und den ihm Gleichgesinnten scheint.

Ich weiß, daß man sehr leicht in den Ruf des Schulmeisters, des Allesbesserwissers, des Eigensinnigen und Selbstüberhebers ꝛc. kommen kann, wenn man es für seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit erachtet, neben dem, daß man seine Kräfte bis zum Aeußersten für die Ausbreitung der Partei und die Propagandirung der Parteiprinzipien dran setzt, auch den Schwachen und Halben ein wenig auf die Finger zu sehen, und darauf achtet, daß nicht durch falsche Schritte das eben erst Gewonnene wieder in Frage gestellt wird.

Ich habe mich oftmals in dieser letztere Rolle, in der man auch zuweilen guten Freunden auf die Hühneraugen treten muß und leicht in persönliche Gegnerschaft geräth, keineswegs sehr mollig gefühlt und häufig gewünscht, daß andere, die dasselbe wie ich dachten, sich in das sehr undankbare Amt des Warners mit mir theilten oder es allein übernehmen möchten. Meine Wünsche sind selten genug erfüllt worden. Das wird mich aber nicht abhalten, auch fernerhin, wenn ich es für gerechtfertigt halte, die „Kassandra zu spielen", in der Hoffnung, daß diese Rolle in der deutschen Sozialdemokratie, trotz der Vollmar und Grillenberger, immer noch eine dankbarere ist als die bei den Trojanern, welche die Warnrufe der Seherin nicht achteten und ins Verderben rannten. Und ich werde diese verhöhnte und verspottete „Kassandrarolle" auch weiter spielen auf die Nothwendigkeit hin — wie ich das schon neulich hier in Berlin erklärte — Ehren und Würden dran geben zu müssen, um als „Gemeiner" in Reih und Glied um so rückhaltsloser dieses freiwillig gewählten Dienstes warten zu können.

Wende ich mich bei diesen Warnungen besonders scharf gegen Vollmar, so, weil ich aus langjähriger Kampfgenossenschaft mit ihm weiß, daß er klarer sieht, wie viele andere, vorausgesetzt, daß er sehen will, und weil er, der einst Schulter an Schulter neben mir kämpfte, heute Wege wandelt, von denen er sich sagen muß, daß sie nach abwärts führen.

Freilich, wie ich Vollmar kenne, würde er es eines Tages fertig bringen, ebenso wie einst, wieder in die Trompete des Hyperradikalismus zu blasen, wie er jetzt nach der Melodie des „Leise, leise, kein Geräusch gemacht", Krethi und Plethi als Bagage für die Partei einzufangen trachtet, wenn? . . . Ja „Wenn"? Das ist das große Fragezeichen, dessen Beantwortung ich vorläufig unterlasse. — —

Vollmar beschuldigt mich also in meiner Kritik dieselben Wege zu wandeln wie die Unabhängigen. Was thaten dieselben? Indem sie Anklagen erhoben wie: die Partei werde immer kleinbürgerlicher, sie gerathe in den parlamentarischen Sumpf, trage dem schlimmsten Opportunismus Rechnung, gingen sie über zu gemeinen Beschimpfungen und Anklagen gegen die Parteileitung, die Fraktion und die Partei. In der Partei, so hieß es bei ihnen, herrsche Korruption und Kliquenwesen und die Parteileitung begünstige diese, indem sie die Parteigelder an Günstlinge und Schmarotzer verschleudere. Es herrsche die Diktatur, Beschwerden lägen waschkörbeweise vor, aber man bringe sie nicht vor die Partei-Organe, weil man keine unparteiische Entscheidung erwarten könne. Es wurde weiter von Betrug gesprochen. Indem man diese und ähnliche Anklagen, die, wenn sie hätten bewiesen werden können, die betreffenden Personen als ehrlos der öffentlichen Verachtung preisgegeben hätten und ihren Ausschluß aus der Partei nothwendig machten, in Versammlungen und Flugblättern systematisch kolportirte und trotz aller Aufforderung, zu beweisen, nichts beweisen konnte, entwickelte man eine Thätigkeit, die sich die Partei auf die Dauer allerdings nicht gefallen lassen konnte.

Ja man ging von Seiten der Unabhängigen noch weiter. Man predigte im Widerspruch mit der ganzen bisherigen Taktik die Nothwendigkeit, die parlamentarische Thätigkeit aufzugeben, man begehe im Parlament Verrath an der Partei und dem Proletariat und beschloß schließlich, einen Kampffonds aus den Ueberschüssen des Parteischriftenvertriebs zu gründen um die bisherigen Grundlagen der Partei wie ihre Organe zu bekämpfen.

Dieses Treiben wurde auch dann noch systematisch fortgesetzt, nachdem bereits der Parteitag zu Halle dem Hauptführer in diesem Kampfe, Werner, ein einstimmiges Mißbilligungsvotum ertheilte, und trotzdem Werner erklärt hatte, er werde sich dem Urtheil des Parteitages fügen. Als es dann in Erfurt zur Entscheidung kam, fiel es keinem Menschen ein, die anwesenden Vertreter jener Richtung wegen der Kritik zu verurtheilen, die sie an der Partei geübt, sondern es wurde ausdrücklich verlangt, die ehrenrührigen Anklagen und Beschuldigungen zu beweisen oder zu widerrufen, widrigenfalls der Parteitag die Verurtheilung aussprechen werde. In diesem Sinne sprachen sich eine Anzahl Redner nachdrücklich aus, darunter auch ich, und da weder Beweis versucht noch der Widerruf der ehrenrührigen Anklagen beliebt wurde, wurden Werner und Wildberger als Hauptangeschuldigte aus der Partei ausgeschlossen; Baginsky und Lambrecht wurden aufgefordert, gewisse Beschuldigungen zu widerrufen und falls sie dies nicht thäten, aus der Partei auszutreten. Dagegen wurden Auerbach, Baetge und Schultze, die in bezug auf die Kritik der Partei und die Haltung der Fraktion und der Parteileitung wahrlich sich kein Blatt vor den Mund genommen hätten, nicht einmal mit einer Verwarnung bedacht.

Beiläufig sei hier folgendes bemerkt: Ich habe zu jener Zeit in bezug auf das Treiben der Werner und Konsorten manchmal geäußert: die Werner ꝛc. sind Esel, wüßten sie in ihrer Opposition Maß zu halten, die Partei müßte ihnen dankbar sein. In einer so rasch sich vergrößernden Partei wie die unsere, in der ein großer Haufe sich Sozialdemokraten nennt, ohne irgend nähere Kenntniß von den eigentlichen Zielen der Partei zu haben, ist nothwendig, daß eine zielbewußte Kritik vorhanden ist, die antreibt und nicht durch Rücksichten persönlicher oder sonstiger Art behindert ist, wie das den Besten unter uns passirt. Das ist nothwendig, damit die Partei-Organe beständig auf dem Posten sind, wissend, daß ihnen auf die Finger gesehen und so die Versumpfung der Partei, das Laxwerden der Partei und ihrer Organe in Vertretung der Parteiprinzipien verhindert wird. Eine Gefahr, die progressiv zunimmt, wie die Partei sich vergrößert und der Haufe der Unklaren immer mehr wächst.

So dachte ich und äußerte ich mich damals privatim. Vollmar, der auf einem ganz entgegengesetzten Standpunkt von den Unabhängigen stand, er ging weiter, er nahm das Recht der Unabhängigen zu der von ihnen geübten Kritik öffentlich in Schutz, und setzte sich damals dem Verdacht aus, aus Geschmack an der Demagogie mit ihnen zu koquettiren und eine Art Nährmutter von ihnen zu sein. Um so sonderbarer ist seine Haltung heute mir gegenüber.

Heute macht er mir gegenüber sogar den Versuch, das Recht der Kritik von dem Boden aus zu entziehen, von dem aus er selbst im Jahre 1891 seine bekannten Münchener Reden hielt. Diesem Versuch gegenüber, die Vorgänge in Erfurt und meine Stellung dort absichtlich falsch darzustellen, um die lächerliche Ueberschrift seiner Artikel „Bebel's Fahnenerhebung" zu rechtfertigen, war diese kurze Darstellung der Erfurter Vorgänge ebenfalls nothwendig.

Aber auch noch aus einem anderen Grunde ist sie nothwendig. Es muß daran erinnert werden, daß in Erfurt nicht nur die Unabhängigen, sondern auch er, Vollmar, Angeklagter war, daß also damals der Parteitag nach zwei Seiten hin Stellung zu nehmen hatte, und daß er dies schließlich in einem Satze, der von mir vorgeschlagenen und einstimmig angenommenen Resolution that, in der es mit bezug auf die Freiheit der Kritik in der Partei also heißt:

„Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Partei-Organe und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anklagen oder Anschuldigungen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugte und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen."

Nun frage ich Vollmar, woher er angesichts dieser Resolution, die sein eigenes Vorgehen im Jahre 1891 als formell berechtigt anerkannte, die Stirne hernimmt, mir auf grund meiner Rede „Fahnenerhebung", „Mißachtung der Parteibeschlüsse" und ähnliches vorzuwerfen?

Aber Vollmar geht noch weiter. Was er in der Ueberschrift seiner Artikel nicht offen auszusprechen wagt, sucht er im Inhalt derselben einzuschmuggeln. Er sagt, ich hätte in Erfurt geäußert: „Vollmar hat sich, wie jeder Andere, dem Beschluß des Parteitages zu unterwerfen; sollte aber das Unerhörte geschehen, daß dieser Beschluß zu Gunsten Vollmar's ausfiele, dann würden die heimkehrenden Delegirten die Rebellion im Hause finden, „und ich — rief Bebel — wäre der erste, der sich an die Spitze einer solchen Rebellion stellte!"

Vollmar will offenbar mit Zitirung dieses Satzes sagen, ich hätte mich jetzt an die Spitze der damals angedrohten Rebellion gestellt. O, dieser Kniff! Vollmar hat schon in Frankfurt versucht, mir die gleiche Unterstellung zu machen, ich habe ihn damals sofort gebührend zurückgewiesen. Da dies nichts genützt, muß ich heute deutlicher werden. Und so fordere ich ihn auf, aus meiner Rede zu beweisen, daß ich irgendwo gesagt habe, daß ich mich den vom Parteitag gefaßten Beschlüssen oder einem derselben nicht füge. So lange Vollmar mir das nicht bewiesen hat, erkläre ich, daß seine Behauptungen: ich habe ein „Pronunciamento", eine „Fahnenerhebung" vorgenommen und gehe von der Absicht aus, was ich auf ordnungsmäßigem Wege nicht zu erreichen vermocht, außer und gegen den Parteitag zu ertrotzen, kurz ich suchte die Partei zu vergewaltigen, wie die weitere Behauptung, daß ich dieselbe Taktik und Handlungsweise wie die Unabhängigen befolgte, von ihm wissentlich verbreitete Unwahrheiten sind und das Ganze ein Manöver ist, das bezweckt, bei dem befangenen Leser ein ungünstiges Vorurtheil gegen mich zu erwecken und die Diskussion von den Kernpunkten abzulenken.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß noch nach keinem Parteitag so viel Mißbilligungsvoten gegen Parteitagdelegirte und tadelnde oder ablehnende Resolutionen gegen die Parteitagbeschlüsse gefaßt wurden, als diesmal. Namentlich leisten sich hierin unsere badischen Genossen, die über den Ausgang des Streits Rüdt-Stegmüller vor dem Parteitag höchst unzufrieden sind, ganz Erkleckliches, ohne daß irgendwo Jemand bisher ein „Pronunciamento", eine „Fahnenerhebung" und dergleichen darin erblickte und daraus eine auf **Dumme** berechnete Anklage erhoben hätte.

Hiermit habe ich die zweite Hauptbeschuldigung Vollmar's gegen mich ebenfalls in ihr Nichts aufgelöst, mit der dritten werde ich mich im nächsten Artikel beschäftigen.

A. Bebel.

---

schlagen. Verdier gab an Ausländer, von denen es in Montreux wimmelte, französischen Unterricht. Cayrolaz, der aus der südlichen Gascogne stammte, besaß eine bewunderungswürdige Leichtigkeit im Improvisiren. Als Seiltänzer auf dem Gebiete der Poesie fabrizirte er vor Gesellschaften Verse über Themata oder Reime, die ihm aufgegeben wurden. In den Hotels, wo die Abende lang waren, hatte er es so manches Mal verstanden, aus dieser literarischen Gymnastik Beifall und Geld herauszuschlagen.

Dann hatten die beiden Freunde in Erfahrung gebracht, daß sich in der Gegend eine kleine Kolonie von Geächteten aufhielt. Es waren sogar berühmte Männer unter ihnen, deren Name allein eine Gewähr gegen das Elend sein sollte.

Da war Elisée Reclus, der, weil er kein Vaterland hatte, Weltbürger geworden war und die ganze Erde beschrieb. Da war Courbet, der, obwohl ruinirt und all seines Besitzes, selbst seiner Gemälde, die konfiszirt worden waren, beraubt, dennoch reich war an Talent und gutem Humor. Sie waren von Freunden umgeben, die sich vorübergehend hier aufhielten und bei ihnen stets offene Tafel und offene Börse fanden.

Wie! Du kennst sie nicht? sagte Verdier zu René. Sie wohnen doch gerade wie Du in la Tour de Peilz. Wir werden zu ihnen gehen und Dich vorstellen.

Thatsache war es, daß René, der von Arbeit überhäuft war, keine Gelegenheit gehabt hatte, mit diesen Männern Bekanntschaft anzuknüpfen. Auch hatten ihn Bedenken stolzer Zurückhaltung und scheuer Bescheidenheit bisher davon abgehalten, sie aufzusuchen. Allein er wünschte sich nichts besseres, als dort eingeführt zu werden, wo er nicht als ungebetener Gast eindringen wollte, und bald wurde er wie ein Freund in dem großen kahlen Zimmer aufgenommen, das Courbet in sein Atelier umgewandelt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. November.

Der Zusammentritt des Reichstages. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. v. Bötticher, erläßt eine Bekanntmachung, der wir das Folgende entnehmen:

„Mit Bezugnahme auf die in Nr. 41 des Reichs-Gesetzblattes verkündete kaiserliche Verordnung vom 2. d. Mts., durch welche der Reichstag berufen ist, am 5. Dezember d. J. in Berlin zusammenzutreten, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Eröffnung des Reichstags an diesem Tage um 11½ Uhr Mittags im Rittersaale des hiesigen Residenzschlosses stattfinden wird.

Die weiteren Mittheilungen über die Eröffnungssitzung erfolgen in dem Bureau des Reichstages, Leipzigerstraße 4, am 4. Dezember in den Stunden von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 5. Dezember von 8 Uhr Vormittags ab. In diesem Bureau werden auch die Legitimationskarten für die Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen gemacht werden.

Wegen des beschränkten Raumes im Rittersaale und des Mangels an Tribünen können Zuschauer zu dem Eröffnungsakte nicht zugelassen werden." —

Die Vorlagen gegen den „Umsturz". Auf der Tagesordnung der morgigen Plenarsitzung des Bundesraths steht die sogenannte Umsturzvorlage, welche in den Ausschüssen mehrfache Abänderungen erfahren haben soll. Genaueres, so meldet ein Berichterstatter, ist nicht zu erfahren, da die Vorlage streng sekret behandelt wird. Die bezüglichen durch die Presse gehenden Mittheilungen beruhen lediglich auf Vermuthungen, der Gesetzentwurf soll erst am 5. Dezember, zugleich mit der Uebergabe an den Reichstag, durch den „Reichs-Anzeiger" bekannt gegeben werden. —

Kolonialpolitisches. Dem Reichstage werden wiederum, wie in den beiden vorigen Jahren mit den Etats Denkschriften über die Entwickelung unserer Kolonien zugehen. Jedoch wird sich diesmal eine Denkschrift über das Neu-Guinea-Schutzgebiet nicht darunter befinden; 1893 war auch dieses Schutzgebiet eingeschlossen, da die Errichtung einer Dampferlinie nach Neu-Guinea geplant war.

Die Zukunft unserer Industrie. Gegen den Leitartikel in unserer vorletzten Nummer polemisirt das Organ des Herrn Stumm, die „Post". Wir begreifen, daß er dem Blatte der Großunternehmer sehr unangenehm war, weiß es doch auch nichts dagegen einzuwenden. Ungeschickt ist vor allem der Einwurf, daß Nürnberg eine kunstbeflissene Arbeiterschaft hatte, bevor es eine Sozialdemokratie gab. Weiß denn das Blatt nichts von den großen sozialen Kämpfen, die Nürnberg in den früheren Jahrhunderten erschüttert hatten. Frech ist es, wenn das Blatt schreibt:

Jetzt sehen wir nur, wie die einigermaßen begabten Arbeiter, so bald sie in den sozialdemokratischen Nebelkreis hineingerathen sind, nicht selten ihr Gewerk verlassen, um Parteibeamte oder Budiker zu werden.

Die Stumm und Konsorten, die Helden der schwarzen Listen sind es, welche die Arbeiter von der Hobelbank und dem Schraubstock verdrängen und sie Berufen zuführen, die unabhängig sind von dem Despotismus unserer Schlotbarone. Die Schwäche der Polemik der „Post" beweist die Richtigkeit unserer Ausführungen. —

Ein nationalliberal Rickert'sches und Richter'sches Kartell empfiehlt das „Berliner Tageblatt", das noch tiefer gesunken ist, als die übrige freisinnige Presse. Damit würde der ganze sozialdemokratische Nebel mit einem Male aufgesogen werden. Großmäuligkeit und Unkenntniß der Verhältnisse scheinen sich in der Redaktion des „Berliner Tageblatts" die Wage zu halten. —

Also es giebt einen Nothstand in Berlin. Ein Berliner Waschzettel für die nationalliberale Presse besagt:

Berlin, 27. November. Der Nothstand droht in diesem Winter in Berlin ganz außergewöhnlich drückend zu werden. Schon jetzt ist die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich, und sie wächst mit jedem Tage. Eine Bekanntmachung des Magistrats, in welcher die Arbeitslosen in den Provinzen dringend gewarnt werden, Berlin aufzusuchen, da hier fast gar keine Arbeitsgelegenheit vorhanden sei, kommt zu spät, da schon ganze Schaaren von Arbeitslosen aus den Provinzen sich hier angesammelt haben. Es wird behauptet, daß bereits 60 000 Personen ohne Beschäftigung seien. Auffälliger Weise hört man nichts von jenen Arbeitslosen-Versammlungen, welche die Sozialdemokratie sonst zu veranstalten pflegt. Mag auch der Mangel an geeigneten Sälen hierbei mitsprechen, so ist es doch jedenfalls nicht die Hauptursache der Zurückhaltung der sozialdemokratischen Führer, die mit Recht fürchten, man werde ihnen in den Arbeitslosen-Versammlungen übel mitspielen. Es wäre auch unbegreiflich, wenn in solchen Versammlungen die stattlichen Parteigehälter, über die in Frankfurt a. M. so viel gesprochen wurde, nicht abermals zur Sprache gebracht würden; wenn man nicht erzählte von den prachtvollen Wohnungen so manches „Proletariers", die für die Dienstboten einen besonderen Aufgang haben. Vielleicht würde sich auch ein hungriger und frierender Genosse erheben und vorschlagen, sich in dem rothen Salon des Genossen Dr. Leo Arons einmal gründlich durchzuwärmen, dem Rosenthal'schen Kompagnon in seiner prachtvollen Junggesellenwohnung einen Besuch abzustatten oder bei dem sozialdemokratischen Besitzer eines hochherrschaftlichen Hauses in der Regentenstraße einmal gründlich über den Nothstand nachzudenken. Solchen Vorschlägen und Vorwürfen setzt man sich doch nicht gern aus.

Man sieht, selbst beim Anblick des erschütterndsten sozialen Elends können diese erbärmlichen Soldschreiber des Kapitalismus ihre feigen Verdächtigungen und ihr dummboshaftes Geklatsche nicht lassen.

Die gefürchteten Arbeitslosen-Versammlungen werden ihnen und ihren Brotherren aber nicht erspart bleiben! —

Zum Bierboykott. Gegen unseren neulichen den Bierboykott behandelnden Artikel schreiben die Reptilien des Herrn Rösicke, wir schienen zu Kreuz kriechen zu wollen, weil wir bisher keine unserer Forderungen durchgesetzt hätten. „Zu Kreuz kriechen" nennt das Völkchen unsere Bereitschaft zu einem ehrlichen Frieden. Wir haben noch nicht das Bedürfniß empfunden, Verhandlungen anzuknüpfen. Und was unsere Forderungen betrifft, so haben wir sie allerdings noch nicht durchgesetzt, aber wir lassen die Herren Brauringler Tag für Tag Tausende von Mark Strafe bezahlen, und, wenn sie hieran noch längere Zeit Vergnügen finden, so wird ihnen ihr halber Berliner Markt dauernd genommen. Uns kann's recht sein. Wir haben bei dem Boykott nichts zu verlieren, und nur zu gewinnen: nämlich besseres Bier. —

Die Unehrlichkeit unserer Gegner wird durch das Geständniß einer Leipziger nationalliberalen Größe trefflich beleuchtet. Dieser Herr, ein Kaufmann Namens Habenicht, sagte gestern als Korreferent in einer Bürgerversammlung, die sich mit dem neuen Wahlgesetz für die Stadtverordneten-Wahlen beschäftigte, nach dem „Leipziger Tageblatt" wörtlich:

Kommen, wie zu erwarten steht, einige Sozialdemokraten in das Kollegium hinein, so ist das auch kein Unglück. Es ist viel besser, wenn sie veranlaßt werden, ihre Meinungen zu entwickeln. Bei der praktischen Mitarbeit werden sie finden, daß auch in anderen Kreisen ein warmes Herz für die Interessen unserer Stadt vorhanden ist. In Plagwitz hat man übrigens mit der Theilnahme der Sozialdemokraten im Gemeindeleben keine ungünstigen Erfahrungen gemacht. Sie haben ganz gut mitgearbeitet und manche schätzenswerthe Anregung gegeben. Hoffentlich wird man auch im Leipziger Stadtverordneten-Kollegium dieselben guten Erfahrungen machen.

Und so spricht ein Mann, der vereint mit seiner Reaktionssippe das Gemeindewahl-Gesetz in Leipzig auf's Schmählichste verstümmelt hat, um die Sozialdemokraten als Umstürzler und Störenfriede aus der Gemeindevertretung fern zu halten. Wahrhaftig, man wird mit Ekel erfüllt von solcher Heuchelei. —

Zur Wahlreform in Oesterreich. Die österreichische Regierung hat mit dem ersten Theile ihrer Aktion in der Wahlreform, den geheimen Verhandlungen mit den Vertrauenspersonen der Majoritätsparteien Schiffbruch erlitten. Sie hat durch die öffentliche Meinung und die steigende Macht der sozialdemokratischen Agitation gezwungen, die Frage aus der Geheimnißkrämerei in die Oeffentlichkeit bringen und gestern vor dem Wahlreform-Ausschusse ihr Programm entwickeln müssen. Hierüber meldet eine Depesche aus Wien das folgende:

In der Abendsitzung des Wahlreform-Ausschusses gab der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz, anknüpfend an die vorjährige Erklärung der Regierung, die Erklärung ab, daß er es als erste wichtige Aufgabe betrachte, im Einvernehmen mit den Koalitionsparteien eine umfassende Wahlreform zu schaffen mit Aufrechterhaltung der bisherigen Vertretung der Interessengruppen, mit genauer Berücksichtigung der Verhältnisse der Königreiche und Länder, mit einer wesentlichen Ausdehnung des Wahlrechts insbesondere auf die Arbeiter zugleich mit der Sicherung des bisherigen Schwergewichts der politischen Rechte des Bürgerstandes und Bauernstandes. Zur Erreichung dieses Zweckes sei zunächst der Weg vertraulicher Besprechungen eingeschlagen worden, jedoch hätten die seitens der Regierung als Grundlage der Besprechungen mitgetheilten Grundzüge nicht allseitige Zustimmung gefunden. Bei Wiederaufnahme der Berathungen, vorerst mit den Obmännern der koalirten Klubs, sei aus der Mitte der Theilnehmer auf den Antrag zur Errichtung von Arbeiterkammern, mit Ertheilung des Wahlrechts an diese, hingewiesen worden und es habe nicht ausgeschlossen geschienen, daß das Projekt in den Hauptprinzipien bei den koalirten Parteien Anklang finde. Da zugleich hervorgetreten sei, daß die Sicherung der nothwendigen qualifizirten Majorität für die umfassende Vorlage mancherlei bedeutenden Schwierigkeiten begegnen würde, sei die Regierung bereit gewesen, jenen Vorschlag zur Errichtung von Arbeiterkammern bezw. von Abtheilungen bei den Handelsgewerbe-Kammern für Arbeiter-Angelegenheiten aufzunehmen, um so mehr als die Vertreter sämmtlicher Parteien übereinstimmend mit der Regierung die Gewährung einer parlamentarischen Vertretung an die Arbeiter unter allen Umständen angezeigt erachtet hätten. Bei der jüngsten Erweiterung des Kreises der zu den Besprechungen beigezogenen Vertrauensmänner habe es sich jedoch herausgestellt, daß auch gegen diesen Vorschlag gewichtige Bedenken erhoben wurden, so daß die Einbringung einer derartigen Vorlage keinen unmittelbaren Erfolg gehabt hätte. Die Regierung lasse nunmehr eine Ausschußberathung über die Wahlreform eintreten. Nach den Erfahrungen bei den bisherigen Besprechungen scheine die Einräumung einer parlamentarischen Vertretung an die Arbeiter nur allseitige Billigung gefunden zu haben und werde eine solche zunächst in Aussicht zu nehmen sein. Sollte eine Berücksichtigung auch anderer, bisher nicht wahlberechtigter Volksschichten die Zustimmung der genannten Parteien finden, so werde die Regierung, insofern solche Anträge in dem Rahmen der obenerwähnten maßgebend bleibenden Erklärungen sich bewegen, bereit sein, an dem Zustandekommen von Gesetzentwürfen auf dieser Basis mitzuwirken.

Seitens der Konservativen erklärt sich Graf Hohenwart, seitens der Polen Stadnicki, seitens der vereinigten deutschen Linken Graf Kuenburg mit dem von der Regierung eingeschlagenen Wege einverstanden und sprachen die Hoffnung aus, daß es in den Berathungen des Ausschusses gelingen werde, die Differenzen der Parteien zu überbrücken und die Angelegenheit einer gedeihlichen Lösung zuzuführen. Namens der Jungczechen tritt Brzorad für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht ein. Der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz theilt mit, daß der Minister des Innern mittels Zuschrift an das Präsidium des Abgeordnetenhauses die Wahlreformvorlage des letzten Ministeriums zurückgezogen habe. Er, der Ministerpräsident, hoffe, auf dem eingeschlagenen Wege durch das Einvernehmen der koalirten Parteien das Ziel zu erreichen. Die Regierung habe die am 29. November 1893 abgegebene Erklärung nicht mit Stillschweigen übergangen, vielmehr alle damals maßgebend gewesenen Umstände in die heutige Erklärung aufgenommen, insbesondere den, daß sie nur einer von sämmtlichen koalirten Parteien angenommenen Wahlreform zustimmen könne. Gegenüber der jungczechischen Forderung des allgemeinen Stimmrechts erklärt der Ministerpräsident, daß die Regierung an den in ihrer ersten Erklärung ausgedrückten Prinzipien festhalte und den auf allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht abzielenden Anträgen nicht zustimmen könnte. Im weiteren Verlaufe der Debatte äußern sich Prinz Karl Schwarzenberg, die Vertreter des böhmischen Großgrundbesitzes, Dipauly aus Tirol, der Ruthene Romanczuk und der Pole Rulowski zustimmend zu der Erklärung der Regierung, der deutschnationale Prade und der mährische Zeche Fanderlik gegen dieselbe. Pattai wünscht die Anreihung zweier Wahlkörper. Der Minister des Innern Marquis Bacquehem sagt die Vorlegung des statistischen Materials zu. Fortsetzung der Debatte Freitag.

Italien. Aus Sizilien wird telegraphirt:

Palermo, 27. Novbr. Das Schwurgericht begann heute den Prozeß gegen 10 Angeklagte, welche der berüchtigten „Marina" genannten Brigantenbande angehörten. Unter den Beschuldigten befinden sich Leonardo und Botendari, die wegen Mordes, Diebstahls, Plünderung und Gefangenhaltung verschiedener Personen, darunter des Barons Spitaleri in Catania angeklagt sind. Zweihundert Zeugen sind vorgeladen; eine große Menschenmenge wohnte der Verhandlung bei. Der Brigant Candino, der Anführer der Bande, wurde in contumaciam verurtheilt.

Mit italienischen, und namentlich mit sizilianischen „Briganten" ist es ein eigenes Ding. In sehr vielen Fällen sind es ehrliche Leute, die durch „gesetzliche" Briganten zum Krieg gegen die Gesellschaft getrieben worden sind. Auch „politische Verbrecher", d. h. Gegner der Regierung werden in Italien gern mit dem Namen „Briganten" belegt; und speziell in Sizilien sind zu Anfang des Jahres viele Opfer der Hungerrevolution unter die „Briganten" gegangen.

Die großen Spitzbuben brauchen nicht in die Wälder und Berge zu gehen — und wenn sie auch gelegentlich das Zuchthaus mit dem Aermel streifen, so kommen sie doch in der Regel wieder glücklich davon, wie die Millionen-Spitzbuben des italienischen Panamino. Diese wenigstens bisher. Jetzt scheint eine den Herren ungünstige Wendung eingetreten zu sein. Giolitti, den Crispi ans Messer zu liefern gedachte, hat öffentlich erklärt, er werde sich nicht als Sündenbock für die Schuftereien Anderer abschlachten lassen, und er werde keine Rücksicht mehr nehmen.

Das kann ja gut werden.

Wenn er nur nicht stirbt, ehe er gesprochen hat. —

Aus Mailand schreibt uns [am 24. November 1894 unser Korrespondent:

Gestern Sonntag fand die zweite große öffentliche Versammlung des Bundes zur Vertheidigung der Freiheit in dem großen Saale des berühmten Skalatheaters in Mailand statt. Sie war noch zahlreicher besucht als die erste. Die Abgeordneten Musst (Mailand), Merlani, Rampoldi und Prampolini, alle bekannten Sozialistenführer Mailands und der Lombardei, darunter Turati, Tanzi, Zavattari, waren anwesend. Von stürmischem Beifall begrüßt erschien Andrea Costa, den die Versammlung einstimmig zum Präsidenten wählte. Von Cavalotti aus Rom wurde eine anfeuernde Depesche verlesen.

Die Liga, der Bund zur Vertheidigung der Freiheit, zählt gegenwärtig 320 Sektionen in ganz Italien mit ungefähr 200 000 erklärten Anhängern.

Die größte Wirkung erregte in der Versammlung die Rede des Sozialisten Lazzari, der die anwesenden Abgeordneten direkt aufforderte, in der in wenigen Tagen zu eröffnenden Kammer die Verbrecher in der Regierung für ihre Schandthaten zur Rechenschaft zu ziehen. Musst, Mitglied der radikalen Linken, antwortete dem Redner und gab das Versprechen in seinem und aller nicht crispinischen Mitglieder Namen, er werde seine Pflicht thun, und die eindrucksvolle Stimme der heutigen Versammlung werde ihre Wirkung nicht verfehlen. Es sprachen sodann der Arbeiter Zavattari (Präsident der ersten Versammlung) und Prampolini, der Präsident Andrea Costa erinnerte daran, daß die Versammlung zeige, daß der Gedanke doch in so vielen Tausenden lebendig sei, wie die Befreier Italiens vor dreißig Jahren nicht deshalb ihr Blut vergossen haben, um das heutige Possenspiel eines wahnsinnig gewordenen Willkür- und Korruptions-Regiments zu ertragen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Tagesordnung an:

Die dem Bunde angehörenden Abgeordneten haben sofort bei Eröffnung der Kammer zwei Gesetzvorschläge einzubringen: Erstens auf Abschaffung der durch öffentliche Lüge erschlichenen und mit Wortbruch gegen alle Gerechtigkeit angewendeten Ausnahmsgesetze. Zweitens Forderung einer Amnestie auf weitester Grundlage für die durch die Ausnahmsgesetze und Kriegsgerichte Verurtheilten. Die Abgeordneten haben alle Abstimmungen über politische und Finanzmaßregeln jeder Art zu verweigern, bis über diese beiden Forderungen entschieden ist. Drittens, die dem Bunde angehörenden Abgeordneten haben vor allen anderen die Pflicht, neue Sektionen des Bundes zu errichten und die bedrohten elementaren Freiheiten mit aller Energie zu schützen, um Italien vor der Schmach zu bewahren, in seiner Entwickelung hinter allen Ländern Europa's zurückzustehen.

Zum Schluß ermahnte Costa, daß die Vertreter des Landes nichts seien und nichts können, wenn nicht die Massen hinter ihnen stünden, die aus ihrer Erstarrung aufzurütteln das Ziel und die Hauptaufgabe des Bundes sei. Welcher Haß und wilde Verzweiflung über die immer drückender werdenden Steuern — 40 Millionen neuer Steuern will der Finanzminister der Kammer vorlegen — in der gepeinigten Bevölkerung herrscht, davon giebt eine Nachricht Kunde, die soeben der Telegraph meldet. In Ligurien, in der Ortsgemeinde Camogli an der Riviera 30 Kilometer von Genua entfernt, hat soeben ein Volksaufstand stattgefunden, der an die Verzweiflungs-Ausbrüche in Sizilien erinnert. Die Gemeinde Camogli, die 10 000 Seelen zählt, war von dem neuen Präfekten gezwungen worden, ein Dorf Ruta von 1000 armen Landarbeitern und Kleinbauern, die bisher von der Konsumsteuer der Gemeinde befreit gewesen waren, in die Steuerzone hineinzuziehen. Ein neues Steuergebäude wurde trotz des wüthenden Protestes der Bewohner am Eingange des Dorfes gebaut und heute sollte die neue Steuer in Kraft treten. Da rotteten sich in der Nacht Schaaren der Einwohner zusammen, erstiegen den Kirchthurm und läuteten die Sturmglocke. Andere warfen sich mit Fackeln auf das verhaßte Steuergebäude und zündeten es an. Mit Mühe konnte am Morgen der Brand gelöscht werden. Eine Abtheilung Karabinieri, telegraphisch aus Genua berufen, rückte in das Dorf und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Wird Crispi nicht über Ligurien den Belagerungszustand verhängen?

Preßfreiheit — in Bulgarien. Aus Sofia wird depeschirt:

Die Regierung brachte in der Sobranje einen Gesetzentwurf ein, durch welchen alle auf die Presse bezüglichen Sondergesetze sowie sämmtliche die Presse einschränkenden Verfügungen aufgehoben werden. —

Parteinachrichten.

Bericht über den Parteitag erstattete am letzten Sonntag Genosse Greiner in einer Bezirks-Parteiversammlung in Quedlinburg. Nach eingehender Diskussion fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die heute tagende Parteiversammlung zu Quedlinburg erklärt sich mit dem Verhalten des Genossen Greiner auf dem Parteitag zu Frankfurt einverstanden. In dem Verhalten des Genossen Bebel nach dem Parteitag in einer Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises erblickt die Versammlung keine Schädigung der Partei, sondern erblickt hierin eine nothwendige Klärung. Ueber die Art und Weise der Polemik der „Münchener Post", der „Fränkischen Tagespost", sowie des Hannoverschen „Volkswillen" gegen Genossen Bebel spricht die Versammlung ihr tiefes Bedauern aus. Zur Parteileitung des Bezirks wurde Genosse Trautewein als Vertrauensperson und Genosse Birkenfeld als Kassirer wiedergewählt.

Die Breslauer Parteigenossen erklärten sich in einer stark besuchten Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden und sprachen die Erwartung aus, daß dieser Parteitag dazu beitragen werde, die Grundsätze der Partei im Volke zu verbreiten. Im übrigen verlangte die Versammlung, daß mit allen erdenklichen Mitteln dahin gewirkt werde, die Zersplitterung der Partei zu verhüten.

* * *

Die Kölner Parteigenossen nahmen, nachdem Genosse Hofrichter Bericht vom Parteitag erstattet hatte, wobei er namentlich seine Stellung zur bayerischen Frage präzisirte, folgende Resolution an: „1. Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit der Stellung des Parteitages in der Gehaltsfrage vollkommen einverstanden. 2. Sie bedauert, daß der Parteitag in der die Budgetabstimmung der Landtage betreffenden Frage eine so unentschiedene Haltung einnahm und vor allem die partikularistischen Gründe der Bayern gelten ließ. Sie kann sich infolge dessen mit der Haltung des Genossen Hofrichter, der für die Resolution Bebel eintrat, nur voll und ganz einverstanden erklären und spricht demselben ihr Vertrauen aus. Im übrigen erklärt die Parteiversammlung, voll und ganz auf dem Boden der in Berlin II angenommenen Resolution zu stehen." — An der Diskussion betheiligte sich eine große Anzahl Genossen, die alle im Sinne des Referenten sprachen, zum Theil sogar von dem Kölner Partei-Organ ein noch schärferes Auftreten in der bayerischen Angelegenheit fordernd.

* * *

Zur „bayerischen Angelegenheit" nimmt Genosse Dr. V. Adler in der neuesten Nummer der Wiener „Arbeiter-Zeitung" vom Dienstag, den 27. November nochmals das Wort. Er schreibt dort: Die Diskussion über die Taktik der deutschen Sozialdemokratie, welche durch die bekannte, von uns bereits erörterte Rede Bebel's eingeleitet wurde, nimmt täglich an Umfang zu und wird nunmehr bedauerlicher Weise in einer Form geführt, die man im Interesse der Sache nicht wünschen kann. Vollmar und fast im selben Maße Grillenberger verzichten auf eine sachliche Erörterung vollständig und begnügen sich damit, die Kritik, welche Bebel über den verlaufenen Parteitag und über die auf demselben zu Tage getretenen Strömungen geübt hat, zurückzuführen auf persönliche Eigenschaften des Kritikers. Wir von unserem Standpunkte können diese Kampfmethode zwar keineswegs billigen oder auch nur entschuldigen, aber wir begreifen sie vollständig; sie ist ein Produkt der Verlegenheit, Sachliches vorzubringen. Denn wenn auch Bebel unseres Erachtens die fatale Bedeutung der von ihm festgestellten Symptome überschätzt, so hat er, und das ist das Verdienst seiner Rede, scharf umrissen und unmißverständlich die Thatsachen hervorgehoben, aus welchen eine Gefahr der Verwischung des proletarischen und revolutionären Charakters der Partei zu befürchten ist. So oft wir die drei Aufsätze Vollmar's in der „Münchener Post" und die zwei Artikel von Grillenberger in der „Fränkischen Tagespost" auch wieder gelesen haben, wir finden nirgends auch nur den Versuch, in eine Diskussion einzugehen über die drei von Bebel hervorgehobenen Punkte: Die Genehmigung des Budgets, die Taktik in der Landagitation und die glimpfliche Behandlung der Verstöße von badenfischen Landtags-Abgeordneten gegen das Programm.

Die Kritik Bebel's richtete sich ausdrücklich nicht etwa ausschließlich gegen die bayerischen Genossen, sondern vielmehr gegen Strömungen, die auch im Norden Deutschlands, wenn auch in geringerem Grade als im Süden vorhanden sind, und gegen den Parteitag selbst. Eine solche Kritik mag unangenehm sein, sie mag vielleicht im Einzelnen oder in der Form übers Ziel hinausschießen, aber Niemandem ist es gestattet, irgend einem Genossen, am allerwenigsten Bebel, das Recht zu einer solchen Kritik einzuschränken, und schon gar nicht dann, wenn man mit nichts Anderem zu antworten weiß, als mit persönlichen Grobheiten. Bezeichnend ist weiter, daß das Münchener und das Nürnberger Partei-Organ sich ohne Bedenken zum ausschließlichen Sprachrohr der Anschauungen Vollmar's und Grillenberger's machen, unbekümmert darum, ob, woran wir zu zweifeln allen Grund haben, die Gesammtheit der Genossen des Organisationskreises in dieser Frage mit ihnen einverstanden sind, während der Berliner „Vorwärts" die ihm als Zentralorgan der Partei gebührende „redaktionelle Neutralität" soweit treibt, daß zwar der Nichtübereinstimmung der Redaktion mit der pessimistischen Färbung der Ausführungen Bebel's Ausdruck gegeben, aber nicht ein Wort des Tadels gefunden wird über die persönliche Form, in welche Vollmar und Grillenberger ihre Replik kleiden. Daß in der Sache der Chefredakteur des „Vorwärts", Liebknecht, auf demselben Standpunkt steht wie Bebel, hat er in einer Versammlung am Freitag ausgeführt.

Wenn die erste Erregung, die eine jede Diskussion, welche an Persönliches anknüpfen kann, mit sich bringt, vorüber sein wird, dann wird sich erst recht zeigen, wie wohlthätig die Wirkungen des Vorstoßes Bebel's waren, und wie er nur, wir wiederholen es, Empfindungen Ausdruck gegeben, die in weitesten Kreisen der Partei, nicht nur in Nord- und Süddeutschland, sondern auch im Auslande getheilt werden. Die absolute Sicherheit des Bewußtseins, daß die Sozialdemokratie weder von ihrem prinzipiellen Standpunkte, noch von ihrem einzig zielführenden Wege abgedrängt werden kann, beruht darauf, daß ein jeder Schritt, der bewußt oder unbewußt abseits vom Wege gemacht wird, sofort einen energischen Widerstand aus der Partei heraus findet, heiße der Wortführer dieses Widerstandes nun Bebel oder anders. Daß es mit der Einigkeit und Geschlossenheit einer Partei sehr gut bestellt sein muß, die sich solche Diskussionen erlauben darf, daß gerade die Heftigkeit des Streites der Beweis dafür ist, wie unzerreißbar die Solidarität der Partei ist und empfunden wird, das merken nach und nach sogar die Gegner, und ihr erstes gedankenloses Frohlocken über die endliche „Spaltung" macht nunmehr viel ernsteren Erwägungen Platz.

* * *

Parteikonferenz. Am Sonntag, den 18. November, tagte in Ahrensbök, eine öffentliche Parteikonferenz für das Fürstenthum Lübeck mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Vororts. 2. Bericht der einzelnen Delegirten. 3. Abrechnung. 4. Wahl des Vororts. 5. Anträge und Verschiedenes. Erschienen waren 12 Delegirte. Genosse Evers theilte mit, daß dem Vorort genügend Material betreffend Agitation zur Verfügung gestanden hätte, um den Wünschen der einzelnen Bezirke gerecht zu werden. Versammlungen seien in allen zur Verfügung stehenden Lokalen abgehalten. Ueberall bis in die entlegensten Winkel des Fürstenthums seien mehrere Mal Broschüren verbreitet und hätte namentlich der Volkskalender seine Wirkung nicht verfehlt. Im Gemeinderath seien Genossen vertreten. Lokale zu Versammlungen ständen genügend zur Verfügung, was nur der festen Organisation zu danken sei. Der sozialdemokratische Verein zähle 190 Mitglieder. Die Presse sei ziemlich gut vertreten: „Lübecker Volksbote" mit 170, „Nordwacht" mit 7, „Wahrer Jacob" mit 70 und einige Exemplare der „Gleichheit". Im 2. Punkt: Bericht der einzelnen Delegirten, konnten dieselben sich nur den Ausführungen des Vorredners anschließen. Zum Vorort wurde Stockelsdorf wiedergewählt. Zum 5. Punkt lag ein Antrag der Stockelsdorfer Genossen vor, zu den Landtags- und Gemeinderathswahlen geeignete Flugblätter auf Kosten der Agitationskommission in Neumünster drucken zu lassen und dieselben bei passender Gelegenheit zu verbreiten. Beschlossen wurde, dem nächsten Provinzial-Parteitage einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten, und hierauf die Konferenz mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

* * *

Der sozialdemokratische Verein von Wandsbek und Umgegend beschloß, regelmäßige Diskutirabende stattfinden zu lassen. Des weiteren wurde einstimmig der Antrag angenommen, dem Vertrauensmann 300 M. zu überweisen. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt annähernd 1200.

* * *

In den Stadtrath zu Speyer wurde ein Sozialdemokrat als Ersatzmann gewählt.

* * *

Todtenliste der Partei. Am 22. d. M. fand in Lemgo unter großer Betheiligung die Beerdigung des Genossen Schnittger statt. Kränze waren von den Genossen aus Detmold, dem Wahlverein von Lemgo und zahlreichen Gewerkschaften gewidmet. Die Bielefelder Parteigenossen hatten ebenfalls einen Kranz mit prachtvoller rother Schleife und der Widmung: „Dem treuen Genossen die Sozialdemokratische Partei Bielefeld", gestiftet und den Genossen Slomke damit beauftragt, denselben auf dem Grabe Schnittger's niederzulegen. — In Schnittger haben die Parteigenossen von Lemgo einen thätigen und eifrigen Kämpfer verloren, welcher trotz seines leidenden Zustandes und schon etwas vorgerückten Alters, er war 54 Jahre alt, immer mit zu den thätigsten Genossen gehörte. Er ruhe in Frieden!

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.

Frankfurt a. M., 28. November. Bei den heutigen Stichwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung wurden nach der „Frankf. Ztg." drei Demokraten gewählt. Morgen finden weitere Stichwahlen statt.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Brüssel, 28. November. „Etoile belge" ist heute wegen Verleumdung des Ministerpräsidenten de Burlet verurtheilt worden. Das Urtheil wird im „Etoile" selbst, sowie in mehreren anderen Blättern publizirt werden.

Brüssel, 28. November. Der Genter Sozialist Anselm stellte in der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer Antrag auf eine Kreditbewilligung von einer Million Franks zur Unterstützung der bei den Ueberschwemmungen Beschädigten.

London, 28. November. Wie die „Times" aus Kairo melden, berichtete Pater Rossignoli, der Mahdi sammele eine 15 000 Mann starke Streitmacht, um die Italiener in Kassala anzugreifen, dessen Fall sein Ansehen im Sudan sehr herabgesetzt habe. Eine Abtheilung von Truppen hatte Omdurman schon vor der Flucht des Paters verlassen.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dietz (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 278. Donnerstag, den 29. November 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboykotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme **mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist.** Die Vertreter des Brauerrings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, **daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.**

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen **dreiunddreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden,** dreiunddreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldezimirung des 16. Mai hatte der Brauerring nicht genug — seine Rache verlangt die **Vernichtung** von weiteren dreiunddreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinnen ein empörtes kurzes **Nein** entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisirten Arbeiter dulden, daß ein

ehrloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die **Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!**

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauerring hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an **Euren Opfermuth** appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die **Arbeiter von ganz Deutschland** um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-**Interesse** nicht blos, Eure Klassen-**Ehre** ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als **Sieg!**

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boykottfreies Bier liefern:

Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Süddeutsche Brauerei, Karl Kintz u. Ko., Berlin.
Brauerei Müggelschlößchen, Friedrichshagen.
Nordstern-Brauerei, Berlin.
Rathenower Exportbrauerei-Niederlage. Inh. Max Dennhardt, N.W., Hannoverschestr. 18a. Tel. III. 8178.
Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O. Niederlage Greifswalderstr. 228.
Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
Brauerei Jagdschlößchen, Eberswalde. Niederlage Edm. Renter, Swinemünderstr. 45.
Brauerei Tivoli, Strausberg. Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
Brauerei Danz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde. Niederlage Gust. Spiekermann, Krautstr. 48, Tel. VII, 1487.
Export-Brauerei Grabow a./O. bei Stettin. Niederlage Marthen, Bellermannstr. 6.
Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Boykottirt sind die folgenden, dem Ring angehörenden Brauereien:

Aktien-Brauerei Friedrichshain, Berlin.
Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe, vorm. Patzenhofer, Berlin.
Aktien-Brauerei-Gesellschaft Moabit, Berlin.
Aktien-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg, Schöneberg.
Bergschloß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Berliner Bockbrauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Berliner Kronen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin.
Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch, Berlin.
Brauerei Oswald Berliner, Berlin.
Brauerei Julius Bötzow, Berlin.
Brauerei Borussia, Aktien-Gesellschaft, Niederschönweide bei Johannisthal.
Brauerei Gambrinus, Aktien-Gesellschaft, Charlottenburg.
Brauerei Carl Gregory, Berlin.
Brauerei F. Happoldt, Berlin.
Brauerei Köntgstadt, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Brauerei Pfefferberg, vorm. Schneider u. Hillig, Berlin.
Brauerei A. Werm, Berlin.
Bürgerliche Brauerei, Berlin.
Bürgerliches Brauhaus, Otto Müller, Berlin.
C. Habel's Brauerei, Berlin.
Gebrüder Josty, Berlin.
Norddeutsche Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Schultheiß' Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin, Abth. I Schönhauser Allee.
desgl. Abth. II Tivoli.
Brauerei Schweizergarten, Berlin.
Spandauerberg-Brauerei, vorm. C. Bechmann, Westend bei Charlottenburg.
Vereinsbrauerei Rixdorf.
Versuchs- und Lehrbrauerei, Berlin.
Viktoria-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Germania-Brauerei, Dgvid u. Martin, Berlin.
Brauerei Stralau.

Lokales.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beauftragten Kontrolleuren bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Bading Beuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Die juristische Sprechstunde kann heute, Donnerstag, **nicht** abgehalten werden.

Der Boykott wirkt nicht! Auch bei der Vereinsbrauerei Rixdorf tritt in der nun vom Aufsichtsrath vorgestern festgesetzten Dividende die Wirkung des Boykotts während der Zeit vom Mai bis zum 30. September, dem Schluß des Geschäftsjahres 1893/94, in ein grelles Licht. Die Dividende weist mit 5½ pCt. für die Stammprioritäten und mit 3½ pCt. für die Stammaktien einen Ausfall von je 2 pCt. auf. Es müssen demnach, da das Grundkapital der Gesellschaft 8 Millionen Mark beträgt, die armen Aktionäre und Stammprioritäten-Besitzer infolge des „frivolen Uebermuths der Arbeiter“ den über die Brauerei verhängten Boykott mit 120 000 M. büßen.

„Wohlzuthun und mitzutheilen vergesset nicht!“ tönt es dem Bourgeois jetzt wieder aus den Inseratenspalten aller bürgerlichen Blätter entgegen. Da findet er „Bitten“ mancherlei, „dringende Bitten“, herzliche Bitten“, „Weihnachtsbitten“, „herzliche Weihnachtsbitten“ u. s. w. Sie gehen aus von Vereinen, Komitees oder Einzelpersonen, die mit Rücksicht auf den Winter, insbesondere mit Rücksicht auf Weihnachten zu „wohlthätigen“ Zwecken Geld sammeln wollen; zum Theil aber auch direkt von Armen, die, nachdem sie sich lange vergeblich um Arbeit bemüht und auch bei der Armen-Verwaltung und bei den Vereinen keine ausreichende Unterstützung gefunden haben, zum Inserat als dem letzten Rettungsmittel greifen. Die Begründungen aller dieser „Bitten“ scheinen das Wort „Es giebt keinen Nothstand!“, das der bürgerlichen Gesellschaft bei anderen Gelegenheiten immer noch zeitgemäß und modern genug scheint, um es zu wiederholen, zuschanden machen zu wollen. Da wird geklagt über vergebliches Suchen nach Arbeit, über Krankheit, über monatelange Erwerbsunfähigkeit, da heißt es, daß der eine vor der Obdachlosigkeit, der andere vor dem Hungern steht, u. s. w. Ja, wo sollen denn alle die „Wohlthäter„ herkommen, um alle diese dringenden und herzlichen Bitten zu erfüllen? Die Besitzlosen sind doch dazu nicht imstande, — obwohl die von den Komitees in Umlauf gesetzten Listen auch in ärmeren Häusern keineswegs leer bleiben, — nun, und die Besitzenden, auf die man hierbei in erster Linie rechnen müßte, öffnen ihr Herz und ihren Beutel niemals weiter, als ihnen ihre Eitelkeit und die Nothwendigkeit, den Kredit zu stärken, oder auch die Furcht vor dem Umsturz gebietet. Aber das hindert sie nicht, stolz zu sein auf ihre Spenden und bei den öffentlichen Bescheerungen strahlend vor Befriedigung und Vergnügen über die Reihen der Armen zu blicken, die in demüthiger Haltung an die spärlich bedeckten Tische treten. Aus was für Leuten setzt sich denn die „wohlthätige“ Bourgeoisie eigentlich zusammen? In der Hauptsache doch aus solchen, die erst durch die Arbeiterklasse, durch die Besitzlosen reich geworden. Die haben es freilich leicht, den Großmüthigen zu spielen. Auf sie paßt das englische Wort: „Die Gans stehlen und das Gekröse als Almosen geben.“ „Wohlzuthun und mitzutheilen vergesset nicht,“ ist gewiß eine schöne und beherzigenswerthe Mahnung. Aber die Brosamen, die der besitzlosen Klasse vom reichbeladenen Tische der Besitzenden zugeworfen werden, verdankt der Arme nicht einmal einer Befolgung dieses Wortes. Neben anderen, wenig edlen Motiven spielt die „Aussöhnung der sozialen Gegensätze“, die „Beförderung des sozialen Friedens“ dabei die Hauptrolle. Nicht Nächstenliebe, sondern Selbstsucht ist meist die eigentliche Triebfeder. Die Bourgeoisie giebt das Gekröse, weil sie die Gans in Ruhe und Frieden verspeisen möchte.

Süßes Elend. Die Weihnachtszeit rückt näher heran und die Geschäftsleute sind eifrig bedacht, ihre entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, sich auf das Weihnachtsgeschäft vorzubereiten. Auch die Chokoladen- und Zuckerwaaren-Fabriken arbeiten jetzt mit „Volldampf voraus“. Befinden sie sich doch jetzt inmitten der „Weihnachtssaison“ und erfahrungsgemäß ist der Bedarf an Süßigkeiten zu Weihnachten der größte im Jahre. Kein Wunder, daß in den Fabriken jetzt von Morgens 7 Uhr bis Abends 11 Uhr und darüber gearbeitet wird. Rücksichten giebt es da nicht, am allerwenigsten werden solche auf die zahlreichen Arbeiterinnen genommen, welche in Chokolade- und Zuckerwaaren-Fabriken arbeiten. Wohl die wenigsten der Näscher, die sich an den Süßigkeiten delektiren, haben eine Ahnung, wie viel sauren Schweiß und wie viel bittere Thränen armer Arbeiterinnen sie mit verschlucken. Als in einer Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Chokoladenfabrik von Hildebrandt u. Sohn sehr richtig darauf hingewiesen wurde, daß infolge der elenden Bezahlung der Arbeiterinnen viele blutige Thränen derselben mit in die Süßigkeiten hineingearbeitet würden, erwiderte der anwesende Herr Inspektor der Fabrik voller Ironie: „Unsere Arbeiterinnen weinen nicht! die lachen und tanzen bei der Arbeit!“ So wenig Ursache die Arbeiterinnen der Hildebrandt'schen Fabrik hierzu haben, so wenig haben es die zahlreichen Arbeiterinnen, die in der Chokoladenfabrik von Werkmeister u. Netzdorff, Markusstr. 35, beschäftigt sind. Dort herrscht eine gewöhnliche Arbeitszeit von 10 Stunden (7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends mit den üblichen Pausen.) Jetzt in der Saison wird bis 10 Uhr Abends gearbeitet und dürfte die also verlängerte Arbeitszeit noch eine Verlängerung erfahren. Die dort beschäftigten Arbeiterinnen erhalten den fürstlichen Lohn von — 10 Pfennige pro Stunde. Das macht also bei zehnstündiger Arbeitszeit pro Tag 1 M. und pro Woche — vorausgesetzt, daß keine Arbeitsstörung eintritt — pro Woche 6 M.! Davon soll eine Arbeiterin leben! Die Ueberstunden, welche die Arbeiterinnen „im Interesse des Geschäftes“ machen müssen, werden ihnen ja bezahlt, aber auch nur zu dem gewöhnlichen Satze von 10 Pf. pro Stunde. Und die Arbeiterinnen müssen froh sein, Ueberstunden machen zu dürfen; steigert sich doch dadurch ihr täglicher Verdienst um 40 Pf., ihre Wocheneinnahme um 2,40 M. Inmitten der Süßigkeiten welches bittere Elend! Wieviel Thränen haften an diesen Produkten, bestimmt, den Menschen zu erfreuen, zum fröhlichen Genusse! Müssen sie sich nicht verwandeln zu Bitterniß bei dem Gedanken an das „süße Elend“?

Die Konkurrenz der Frauenarbeit macht sich jetzt auf einem Gebiete immer mehr geltend, auf dem man sie vor einigen Jahren kaum gekannt hat, nämlich dem des Nachhilfe-Unterrichts für Gymnasiasten und Realschüler. Daß junge Lehrerinnen, die das Lehrerinnenexamen bestanden haben, sich auch noch die Elemente des Griechischen, Lateinischen und der Mathematik bis zum Sekundanerpensum hinauf aneignen, um durch Unterbieten der beim Unterricht ohnedies schon so gedrückten Preise den männlichen Mitbewerbern siegreiche Konkurrenz zu machen, gehört durchaus nicht mehr zu den Seltenheiten. So trug bei einem derartigen „Preisausschreiben“, worin Nachhilfe für einen Tertianer verlangt wurde, und das eine förmliche Völkerwanderung des geistigen Proletariats nach dem in der Annonce angegebenen Hause in der Lindenstraße veranlaßte, das zarte Geschlecht den Sieg davon, was auch in diesem Falle weniger dem Reiz der äußeren Erscheinung, als dem billigen Preise zuzuschreiben war. Uebrigens liefen auf die Möglichkeit, eine Privatstunde zu erlangen, die im günstigsten Falle 20 M. monatlich bringen konnte, außer 183 persönlichen Bewerbungen gegen 200 Briefe ein. Auch ein Zeichen der Zeit!

Das städtische Fleischschau-Amt geht jetzt eifrig gegen die hiesigen Importgeschäfte von frischem, gesalzenem Fleisch vor. In den letzten vier Wochen sind zwölf Fälle zur Anzeige gekommen, daß minderwerthiges und ekelerregendes Fleisch auf den Bahnhöfen polizeilich beschlagnahmt worden ist. So wurde durch den Fleischbeschauer Kottke wieder eine Sendung von 789 Kilogramm verdorbenen Fleisches gerade in dem Augenblicke angehalten, als das Gefährt aus der Güter-Expedition des Nordbahnhofes herausfuhr. Die Sendung war adressirt an die Firma P. C. Thoms, Inhaber Roder und Lietzmann, am Kottbuser Damm 72, welche schon längst im Verdachte steht, von Rixdorf aus den Berliner Wurstfabriken mit „Kaltschlächter-Waare“ zu versehen. Bei der amtlichen Untersuchung durch den Thierarzt Waßmann ergab sich, daß die beschlagnahmte Sendung aus 467½ Kilo total tuberkulösem Rindfleisch und aus 321½ Kilo total „unreifem“ Kalbfleisch bestand, so daß die sofortige Verwerfung angeordnet wurde. Die Ursache, daß sich die Fälle in letzter Zeit so häufen, liegt hauptsächlich darin, daß das Weidevieh jetzt in Ställen untergebracht ist und durch den plötzlichen Wechsel des Futters allerlei krankhafte Erscheinungen zu Tage treten und das Vieh krepirt. Herumziehende Schlächter kaufen das Vieh für einen Spottpreis, das Pfund für noch nicht 10 Pf. auf, schlachten es und befreien das Fleisch von den Knochen, welches dann eingesalzen in den verschiedensten Gebinden, wie Körben und Fässern, unter falscher Deklaration an hiesige Importgeschäfte gesandt wird. Letztere verschieben es wieder mit großem Verdienst von 20 bis 30 Pf. pro Pfund an die Wurstfabrikanten. Die ersten derartigen Fälle werden Anfangs Dezember unter dem Rubrum „Lehmann u. Gen.“ im Kriminalgericht zur Verhandlung kommen.

Von der **Armenspeisungs-Anstalt** schreibt die „Voss. Ztg.", sie sei „ein von der Kommunalverwaltung völlig getrenntes und für sich bestehendes unabhängiges Institut". Hinterher giebt sie aber zu, es bestehe „indessen doch ein gewisser Zusammenhang zwischen der Anstalt und den städtischen Behörden, insofern die Armendirektion alljährlich eine erhebliche Zahl von Suppenmarken abnimmt und durch die Armenkommissionen vertheilen läßt". Der Zusammenhang ist ein so inniger, daß weder der Armenspeisungs-Anstalt noch der Kommunalverwaltung ein allzu großes Unrecht geschieht, wenn man die Anstalt, in formeller Hinsicht allerdings irrthümlich, als eine städtische behandelt. Auf alle Fälle aber bleibt der Vorwurf auf der Stadtverwaltung haften, daß sie sich alljährlich, formell zu gunsten dieser Anstalt, faktisch aber zu gunsten der kommunalen Armenpflege, die durch die Anstalt entlastet wird mit einem Aufruf an den „stets bewährten Wohlthätigkeitssinn unserer Mitbürger" wendet und um milde Gaben bittet. Der Kommunalzuschuß, der für die von der Armendirektion entnommenen Marken gezahlt wird, richtet sich nicht nach der Zahl dieser Marken oder nach den der Anstalt daraus erwachsenden Kosten (pro Portion etwas über 10 Pfennig), sondern nach dem Ausfall der Hauskollekte. Da die Kollekte in den letzten Jahren immer weniger gebracht hat, so hat der Zuschuß immer mehr erhöht werden müssen. Im Winter 1888/89 z. B. wurde für jede Portion 4½ Pfennig zugezahlt, welcher Betrag bis 1892/93 rasch auf 8 Pf. stieg. Die Kommunalverwaltung hat also thatsächlich ein Interesse an dem Ausfall der Kollekte und wird schon wissen, warum sie sie so warm empfiehlt.

Die ersten Zehn vom Schultheiß-Regiment. Ein Freund des Ringes hat sich der Mühe unterzogen, die Blessuren festzustellen, welche die einzelnen Glieder (soweit die Bilancen vorliegen) erlitten haben. Wir wollen sie auch noch einmal an unseren Lesern vorbeidefiliren lassen:

Dividenden in Prozenten gewährten:

	1892/93	1893/94		Verlust
Schultheiß . .	15	12	=	3
Spandauerberg .	7	5	=	2
Friedrichshain .	2½	0	=	2½
Patzenhofer . .	16	13	=	3
Ahrens (Moabit)	2	0	=	2
Unionsbrauerei .	5	4	=	1
Königstadt . .	5	5	=	0
Pfefferberg . .	8	8	=	0
Norddeutsche .	3	0	=	3
Viktoria . . .	6	5	=	1

Die Ringgenossen sind fast sämmtlich empfindlich getroffen; packen wir noch etwas fester zu, bis sie Vernunft annehmen!

„Nothleidende" Hausbesitzer von Groß-Lichterfelde haben, wie es heißt, gegen die Umtaufe der dortigen Wilhelmstraße und des Wilhelmplatzes in Carstennstraße und Carstennplatz protestirt, „weil sie ihre Gegend dadurch beeinträchtigt glauben". Sie fürchten, daß, da das geplante Kaiser Wilhelm-Denkmal „naturgemäß" auf einem Wilhelmplatz errichtet werden müsse, die Umtaufe den Zweck habe, ihnen das Denkmal, nachdem man einen anderen Platz zum Wilhelmplatz „erhoben" habe, wegzueskamotiren. Der Protest hat Erfolg gehabt: die Umtaufe ist rückgängig gemacht worden, und die geängstigten Hausbesitzer haben ihren Wilhelmplatz sammt dem zukünftigen Denkmal und der Wilhelmstraße wiederbekommen. Die Sache ist von einer Bedeutung, die weit über den Wilhelm-Platz von Groß-Lichterfelde hinausreicht. Die Lichterfelder Hausbesitzer haben den „mitnothleidenden" Hausbesitzern von Berlin und überall, wo sonst noch Byzantiner wohnen, den Weg gezeigt, auf dem sie ihre Gegend verschönern, ihre Häuser füllen und ihre Miethen steigern können. Man braucht nur noch einen Schritt weiter zu gehen und um Aenderung häßlicher Straßennamen in solche mit patriotischem Klang zu petitioniren. Für Petitionslustige sei hiermit zunächst als Allerneuestes und Feudalstes eine „Aegirstraße" in Vorschlag gebracht. Man bedenke, was auf diese Weise z. B. aus der Mulackstraße gemacht werden könnte!

Behördliche Sozialpolitik. Dreihundert Nachtwächter prozessiren gegen die Stadt Berlin wegen Anspruch auf ihr bisheriges Gehalt und Rückzahlung der bisher geleisteten Invaliditätsbeiträge. Den Riesenprozeß für die Wächter, von denen jetzt wiederum eine große Zahl, namentlich in der 3. und 7. Polizeihauptmannschaft, zum 1. Januar gekündigt sind, führt der Rechtsanwalt Munckel. Bei den letzten Kündigungen von Nachtwächtern hat man bis auf die vor 14 Jahren eingetretenen Beamten zurückgegriffen. Ueber den Fortgang des Prozesses wird uns berichtet, daß bereits zu Anfang Dezember der erste gerichtliche Termin angesetzt ist. Rechtsanwalt M. hat vor kurzem an die an dem Prozeß betheiligten Wächter ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Meines Erachtens können allerdings Gemeindebeamte in der Weise, wie es bei den Hilfswächtern Berlins geschehen ist, mit Rücksicht auf § 56 der Städte-Ordnung nicht angestellt werden, vielmehr muß die Anstellung auf Lebenszeit erfolgen. Wenn, wie es meines Erachtens geschehen muß, zu 1 gestellte Frage bejaht wird, so ergiebt sich daraus, daß eine Entlassung der Hilfswächter ohne Pension nicht stattfinden kann. Wenn dieselben nicht dienstunfähig, würde denselben sogar ein Anspruch auf Zahlung ihres bisherigen Gehalts zustehen. Dagegen können die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 15. März 1886 auf die Wächter keine Anwendung finden; dies sich auf Reichsbeamte beziehende Gesetz ist allerdings in seinen wesentlichen Bestimmungen auf die preußischen unmittelbaren Staatsbeamten, indessen nur auf solche übertragen worden, die in reichsgesetzlicher Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, was bei den Hilfswächtern nicht der Fall ist. Indessen muß die Frage zu 3 doch dahin beantwortet werden, daß den Hilfswächtern ein Anspruch auf Rückzahlung der Invaliditätsbeiträge zusteht, da nach § 4 des Gesetzes vom 22. Mai 1889 der Reichs- und der Bundesstaaten, die mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten von Kommunalverbänden der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Dadurch, daß der Staat die Wächter und Hilfswächter übernommen hat, kann in den Rechtsverhältnissen nichts geändert sein."

Inzwischen hat Rechtsanwalt M. an das Polizei-Präsidium das Ersuchen um Weiterzahlung des Gehaltes für die entlassenen Wächter gerichtet, das abschlägig beschieden wurde. Auch der Oberpräsident hat ablehnend geantwortet mit dem Bemerken, daß es den Wächtern überlassen sei, den Rechtsweg zu beschreiten. Eine größere Anzahl der Wächter (alte Soldaten) beabsichtigt, inzwischen bei dem Kaiser vorstellig zu werden.

Der Ausschuß des Gewerbegerichts setzt sich nach den am 26. und 27. November im Bürgersaal des Rathhauses vollzogenen Wahlen wie folgt zusammen:

Arbeitgeber: Tiefbau-Unternehmer E. Bernhardt, Paulstr. 10. Techniker E. Ebert, Grenadierstr. 26. Wäschefabrikant Freyer, Georgenkirchstr. 24. Fabrikant Hugo Gerschel, Marienstraße 19/21. Steppanstalt-Besitzer Lenz, Weberstr. 17. Gastwirth Theodor Müller, Hegelplatz 1. Tischlermeister Schilowsky, Weidenweg 13. Fabrikant O. Weigert, Anklamerstr. 38. Verlags-Buchhändler H. Worms, Wilhelmstraße 129. Obermeister Wollschläger, Niederwallstr. 24.

Arbeitnehmer: Schneider Pfeiffer, Hutmacher Lund, Töpfer Thieme, Tischler Koblenzer, Former Körsten, Kellner Wegner, Hausdiener Arndt, Buchdrucker Stößel, Einsetzer Millarg und Putzer Dietrich.

Die erste Aufführung von „Hildegard Scholl", des neuen Schauspiels von Westenberger und Croissant, wird der Verein „Freie Volksbühne" am Sonntag den 9. Dezember im National-Theater veranstalten.

Immer unliebenswürdiger wird das Verhalten der Großen Berliner Pferdebahn gegenüber ihren Fahrgästen. Auf gewissen Linien sind an jedem Morgen die Wagen überfüllt; die Fahrgäste sind zu einem recht erheblichen Theil Abonnenten, die zu einer bestimmten Zeit an dem Orte ihrer Berufsthätigkeit sein müssen; in strömendem Regen müssen die Leute auf dem Verdeck Platz nehmen, um überhaupt nur mitzukommen. Die Verkehrs-Inspektoren, von deren Thätigkeit man sich seiner Zeit so viel versprach, haben hier noch nichts von sich hören lassen. Recht streng verfährt dagegen die Bahn gegenüber ihren Abonnenten; wiederholt sind in letzterer Zeit solche Zeitkarten den Inhabern von den Schaffnern abgenommen worden, weil jene an einer Stelle aufstiegen, wo die Karte noch keine Giltigkeit hatte. So wurde kürzlich einem jungen Manne die noch einen halben Monat giltige Zeitkarte ohne jede Entschädigung entzogen, weil er an der Friedrichstraße auf einen nach der Lindenstraße zu fahrenden Wagen stieg, während seine Karte erst von der Charlottenstraße ab ihn zur Fahrt berechtigte. Die betr. Bestimmungen kennen nur wenige Fahrkarten-Inhaber; früher waren diese Bestimmungen den Zeitkarten aufgedruckt; jetzt nicht mehr. Aendert die Verwaltung die Tour einer Linie, so kann der Abonnent nicht etwa die neue Strecke mitfahren, sondern er muß an der Stelle, wo der Wagen von der bisherigen Tour abweicht, aussteigen und kann nun zusehen, wie er auf anderen Linien zu seinem Ziele kommt. In neuerer Zeit ist auch mehrfach für Kinder unter sechs Jahren, die bisher in Begleitung Erwachsener frei befördert wurden, das volle Fahrgeld gefordert worden, wenn die Kinder auf dem Vorder- oder Hinterperron getroffen wurden, weil sie — dort einen besonderen Platz einnehmen!

Arbeiter-Wochenkarten auf der Wannseebahn. Die erst kürzlich von uns gekennzeichnete Art, Arbeitern, welche die Wannseebahn benutzen wollen, die Verabreichung von Wochenkarten unter den kuriosesten Vorwänden zu verweigern, wird durch den folgenden Fall aufs neue drastisch beleuchtet: Ein in Friedenau, Handjerystr. 29, wohnender Malergehilfe Karl Kähne, welcher in Berlin bei dem Malermeister Klausenberg, Bethanien-Ufer 2, beschäftigt ist, wollte für die Wannseebahnstrecke Friedenau-Berlin auf der Station Friedenau genannter Bahn eine Arbeiter-Wochenkarte lösen. Am Billetschalter wurde nun verlangt, K. solle erst eine Bescheinigung darüber beibringen, daß er auch Arbeiter sei, worauf er sich von seinem Meister bestätigen ließ, daß er bei demselben als Malergehilfe in Arbeit stehe. Diese Bescheinigung wurde vom 25. Polizeirevier Berlin beglaubigt. Und dann begab sich K. mit derselben wieder zur Wannseebahn-Station Friedenau und bat unter Vorzeigung des Scheines um eine Arbeiterkarte. Jetzt aber geschah das Unglaubliche: nicht nur die Fahrkarten-Verkäuferin, sondern auch ein im Schalterraum anwesender Stationsassistent erklärte dem K., er könne eine Arbeiterkarte nicht erhalten, denn er sei ja nicht Arbeiter, sondern — Malergehilfe. Und dabei blieb es, trotz aller Gegenerklärungen des K. Zum Glück für ihn liegt Friedenau auch noch an der Ringbahn. Und bei dieser erhielt er auf Station Wilmersdorf anstandslos die Arbeiter-Wochenkarte ausgefolgt.

Der Polizeipräsident Herr von Richthofen hat an den Zentralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, der wegen Freigabe des Ladengeschäfts-Betriebes an den letzten Sonntagen vor Weihnachten und vor Sylvester dieses Jahres bis 10 Uhr Abends vorstellig geworden war, unter dem 24. c. nachfolgendes Schreiben gerichtet: „Berlin, den 24. November 1894. Dem Zentralausschuß theile ich auf das Gesuch vom 13. Oktober dieses Jahres ergebenst mit, daß demnächst eine Bekanntmachung, betreffend die erweiterte Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe an den Sonntagen den 16., 23. und 30. Dezember dieses Jahres, erlassen wird, in welcher den berechtigten Interessen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und des Publikums nach Möglichkeit Rechnung getragen wird. Eine Ausdehnung der Beschäftigungszeit an diesen Tagen über Abends 7 Uhr ist unzulässig. Der Polizeipräsident. v. Richthofen."

Eine egyptische Finsterniß lagerte den ganzen gestrigen Tag über Berlin und veranlaßte, daß die meisten Geschäftslokale ständig beleuchtet werden mußten. Vom meteorologischen Institut wird die seltsame Erscheinung dahin erklärt, daß durch einen hohen gleichmäßigen Luftdruck eine Windstille bedingt wird, während gleichzeitig eine Erkaltung und Nebelbildung in den unteren Luftschichten eintritt. Die außergewöhnliche Dunkelheit dieses Nebels führt man auf die zahlreichen Rauchpartikel zurück, welche bei der herrschenden Windstille nicht fortgeführt werden und über Berlin schweben bleiben.

1600 Mark hat nach der „Staatsbürger-Zeitung" der Wohlthäter Saloschin dem unglücklichen Droschkenkutscher Obst zur Begründung eines Geschäfts gegeben.

Durch einen erdichteten Ueberfall hat ein junger Mann einen Selbstmordversuch zu verdecken versucht. Am Dienstag Mittag erschien in einem hiesigen Krankenhause der zwanzigjährige Krankenwärter Karl Rösecke, der blutüberströmt war und eine Schußwunde oberhalb der rechten Schläfe zeigte. Das rechte Auge war infolge des eindringenden Geschosses aus der Höhle herausgetreten. Er gab an, daß er kurz vorher im Thiergarten von einem ihm unbekannten Manne plötzlich angeschossen und bewußtlos geworden sei. Später sei der Fremde verschwunden gewesen. Da man der märchenhaften Darstellung in dem Krankenhause wenig Glauben schenkte und weiter in Rösecke drang, gestand dieser endlich, daß er sich die Verletzung in selbstmörderischer Absicht im Thiergarten selbst beigebracht habe. Die näheren Gründe dazu verweigert Rösecke. Wie festgestellt ist, war der Wärter bis zum 24. d. M. in der Nervenheilanstalt des Professors Mendel zu Pankow angestellt, wurde an diesem Tage beurlaubt und ist auf seinen Posten nicht wieder zurückgekehrt. Auch in der Anstalt kann das räthselhafte Verhalten Rösecke's nicht aufgeklärt werden.

In große Aufregung wurden gestern in der achten Morgenstunde Wirth und Gäste des G.'schen Kaffeelokals in der Invalidenstr. 132 versetzt. Eine etwa 24jährige, anständig gekleidete Dame trat in den Laden, ließ sich eine Tasse Kaffee geben und erbat sich von dem Wirth Tinte und Papier, um einen Brief zu schreiben. Als sie damit fertig war, nahm sie ihren Hut ab, zerriß denselben und begann sich vor den erstaunten Gästen blitzschnell völlig zu entkleiden. Darauf sank sie zu Boden und verfiel in eine Art Weinkrampf, aus dem sie erst erwachte, als man ihr Milch eingeflößt hatte. Aus dem auf dem Tische vorgefundenen Brief ging hervor, daß der Mann dieser Frau sich auf der Festung Spandau befindet, welche Strafe er sich als Reservist bei der letzten Uebung zugezogen hat. Nachdem ein hinzugerufener Arzt den Ausbruch von Verfolgungswahnsinn bei der Unglücklichen, die am Morgen aus ihrer Heimath in Pommern nach Berlin gekommen war, um ihren in Spandau internirten Ehemann zu besuchen, konstatirt hatte, ist die Aermste nach der Irrenstation der Charitee gebracht worden.

Wegen Vergehens gegen ein einjähriges Mädchen wurde am Montag der verheirathete 32jährige Buchhalter Röder verhaftet, welcher bei dem Baumeister E. auf dem Gesundbrunnen sich in Stellung befindet. Die Wüstling wurde in flagranti durch einen Schutzmann erwischt und verhaftet.

Polizeibericht. Am 27. d. M. Morgens wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Usedomstraße, erhängt vorgefunden. — Auf dem Felde, gegenüber der Werkstatt der Ostbahn, wurde Nachmittags eine obdachlose Frau mit einer schweren Verletzung am Kopfe fast erstarrt aufgefunden und nach dem Krankenhause gebracht. — In der Königstraße gerieth eine Frau unter die Räder eines Brauerwagens und wurde so schwer verletzt, daß sie bald darauf im Krankenhause starb. — In einem Hause in der Lützowstraße stürzte eine Frau von der Treppe eines Geschäftskellers und zerschlug die Scheibe der Ein-

---

Eine Weltbibel.

Zu den verbreitetsten Büchern der Welt, wie Bibel, Struwelpeter, Robinson Crusoe und Gellert's Fabeln, gehört auch Sebastian Brant's Narrenschiff. Es ist immer interessant, den Gründen für die großartige Verbreitung solcher Erzeugnisse des menschlichen Dichtens und Denkens nachzuspüren. Die Literatur der Reformationszeit verdient solche Beachtung ganz besonders wegen der Aehnlichkeit jener Epoche voll Dampf und Gährung mit den gegenwärtigen Zeitläuften. Wie damals, so stehen auch heute wieder zwei Welten gegen einander unter Waffen, eine untergehende alte und eine sich emporringende neue Welt. Es giebt nun in Zeiten gewaltiger Umgestaltung der wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse oft ehrenwerthe alte Herren, welche ihre Zeit zuletzt nicht mehr verstehen und ihren neuen Anforderungen nicht gewachsen sind. So gestand uns einmal ein alter ehrenwerther Achtundvierziger mit Thränen im Auge: „Ja, ich ahne wohl, Ihr Sozialdemokraten mögt Recht haben, aber ich bin zu alt geworden! Ich verstehe Euch und all das Neue nicht mehr!

Solch ein „Mann der alten Schule", dem es nicht am Blick für deren Mängel, wohl aber an Thatkraft umzulernen und Kampfmuth, für Neugestaltungen mit seiner ganzen Person einzutreten, fehlte, scheint uns Sebastian Brant gewesen zu sein, obwohl wir den aktenmäßigen Beweis dafür nicht in der Hand haben. Brant hat ja mit einer ganzen Reihe von Anhängern der neuen Richtung, den Befürwortern einer Reformation des heiligen römischen Reiches an Haupt und Gliedern, nicht nur der Kirche, eng Fühlung, Bekanntschaft oder sogar Freundschaft gehabt, wie zum Beispiel mit Reuchlin (der seinen tapferen Strauß mit dem israelitischen Antisemiten jener Tage, dem Juden Pfefferkorn ausfocht) der doch in seinen Meinungen sehr stark von Brant's ganzem Wesen und Denken abwich.

Die humanistischen Studien, die wissenschaftliche Erforschung des griechischen und römischen Alterthums hatten auch auf ganz konservative Naturen Einfluß ausgeübt; trotz aller strengreligiösen Auffassung scheut sich ein Sebastian Brant nicht, den christlichen Gottvater als den Herrscher des Olymps und die Jungfrau Maria als Mutter Jupiters zu bezeichnen. Es gehört eben so zu sagen zum guten Ton unter den Gelehrten, überall zu zeigen, daß man in den alten Autoribus wohl beschlagen sei. Dieser Zug zeigt sich auch in der Lust der Gelehrten, ihre guten deutschen Namen oft auf die gewaltthätigste Weise lateinisch oder griechisch umzumodeln, so daß die Bauer, Neumänner, Schwarzert, Löffler u. s. w. sich hochtrabend nannten und schrieben Agricola, Neander, Melanchthon, Cochläus u. s. w. Derselbe Trieb, welcher den „Wilden" dazu führt, sich zu tätowiren, waltete da auch bei den zivilisirten Europäern der Reformationszeit: der Trieb sich zu schmücken, etwas Besonderes aus sich zu machen. Gewiß haben sich die altgläubigen Gelehrten jener Tage auch etwas darauf eingebildet, daß sie für den Gottvater des gemeinen Volkes schöne gelehrte Namen aus der heidnischen Theologie der Griechen und Römer wußten und sich so abhoben vom „gewöhnlichen" Volke.

Andererseits thun wir der ganzen alten Partei der Katholischen jener Tage Unrecht, wenn wir meinen, sie hätten von einer Umgestaltung der Dinge zum Besseren in Kirche und Staat garnichts wissen wollen. Viele von ihnen, Brant unter ihnen, waren gegen die Schäden der Zeit durchaus nicht blind, nur wünschten sie, daß reformirt würde durch den heiligen Vater in Rom, durch den Papst. Hat doch nachmals der Nachfolger Leo X. († 1521) Papst Adrian, ein eifriger Reformer nach seiner eigenen Ansicht, gegen den revolutionären, ihm zu ungestümen Luther erklärt, auch er wolle reformiren, aber Schritt vor Schritt, worüber freilich Luther wieder spöttisch sich äußerte: Ja, Füßlein vor Füßlein, alle hundert Jahr' einen Schritt!

Am nächsten berührt sich Brant's ganzes Temperament mit dem von vielen protestantischen Historikern arg verunglimpften vorsichtigen Erasmus von Rotterdam, der mit seiner feinen Nase hinter der Reformation recht wohl das revolutionäre Element herauswitterte und allerdings nicht von dem Vorwurf freizuhalten ist, ein großer Vorsichtskommissarius gewesen zu sein. Beide Männer, Brant wie Erasmus, hatten große „Scheu vor der Theilnahme an Streitigkeiten, bei denen die Persönlichkeiten in den Vordergrund treten mußten." (Gödeke.)

Brant war eben durchaus keine Kämpfernatur, mehr ein anschaulicher Gelehrter, dem es an politischen Regungen freilich auch nicht fehlte, aber dieselben gingen in altkonservativer, kaiserlich-katholisch-patriotischer Richtung.

Wir skizziren kurz seinen Lebensgang. Dem Besitzer des Gasthofs zum goldenen Löwen zu Straßburg, Diebold Brant, wurde 1457 unser Sebastian geboren, um dessen Erziehung die Mutter, Barbara geborene Picker, besonders sorgsam sich bemühte. Wo Sebastian seine ersten Jugendstudien machte, ist nicht zu ermitteln, 1475 bezog er die Universität Basel und ward 1477 Baccalaureus der schönen Künste, von welchem Studium er sich dann der Jurisprudenz zuwendete und 1484 die Lehrberechtigung für kanonisches und bürgerliches Recht erwarb. Das darauf folgende Jahr verehelichte er sich mit Elisabeth Burg, die ihm sieben Kinder gebar. 1489 erwarb Brant den Doktorgrad und entfaltete von nun ab eine reiche literarische Thätigkeit als Verfasser und Herausgeber kanonischer Rechtsbücher, kirchlicher Schriftsteller und lateinischer Gedichte, viele davon zum Preise der Himmelskönigin und Gottgebärerin Maria.*)

Der politischen Dichtung wandte sich Brant seit der Wahl Maximilians zum römischen König zu. Von diesem, dem letzten Ritter und ersten Landsknecht, erwarteten Brant und sein Freundeskreis gar Großes, nichts Geringeres, als daß er in seiner Hand beide Schwestern der Gewalt, das weltliche und das geistliche Regiment vereinigen und Deutschland groß, mächtig und einig zur Weltvormacht gemeiner Christenheit machen werde. Ein schöner patriotischer Traum daß! Mag ihn Maximilian auch selbst geträumt haben, mag er eine Heeresreorganisation und eine allgemeine Reichssteuer geplant und angebahnt haben: derselbe Herr war eines schönen Tages drauf und dran, für ein gut Stück Geld, die Verweserschaft des heiligen römischen Reiches deutscher Nation an den König von England zu verschachern. Und seine Reformversuche führten zum Gegentheil dessen, was der Brant'sche Kreis von Reichsfreunden erwarteten und wozu sie unablässig mahnten: die Maximilian'schen Reformen erhöhten gerade die Machtfülle der einzelnen Landesfürsten nur noch mehr.

Durch die Schlacht bei Dornach oder Dornek (22. Juli 1499) ging die Schweiz endgiltig dem Reich verloren und Basel, Stadt und Landschaft, fielen den Eidgenossen zu. Der hochangesehene Straßburger Domprediger Geiler von Kaisersberg, der über Brant's Narrenschiff 1498 (lateinisch!) gepredigt hatte, vermittelte diesem 1501 die Stelle eines Advokaten und Syndikus, 1503 die eines Stadtschreibers (hohen juristischen Beamten) der Stadt Straßburg, in welcher Beamtung er seiner Vaterstadt mancherlei ersprießliche Dienste leistete. Er starb in ihren Mauern am 10. Mai 1521, erlebte also die Höhezeit des Reformationssturmes nicht, hätte wohl auch sich von seinen konservativen Bahnen durch denselben nicht ablenken lassen.

(Schluß folgt.)

---

*) Ueber den Marienkult und seine politische Bedeutung vergleiche man die überaus geistreichen und anregenden Darstellungen Johannes Wedde's in dem Buche: Das alte Lübeck, Seite 118 ff.

gangsthür. Sie erlitt dabei eine schwere Verletzung am Vorderarm und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden. — Abends wurde ein Knabe in der Invalidenstraße von einem Arbeiter angeblich wegen fortgesetzter Belästigung durch Fußtritte mißhandelt und am Ohr bedeutend verletzt. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Witterungsübersicht vom 28. November 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresfp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 0° C. = 4° R.)
Swinemünde	771	WSW	2	Nebel	—2
Hamburg	770	NW	1	Nebel	—2
Berlin	770	WSW	1	bedeckt	—1
Wiesbaden	770	NO	2	bedeckt	4
München	768	SO	1	bedeckt	—2
Wien	770	SO	2	bedeckt	0
Haparanda	758	SSW	4	bedeckt	2
Petersburg	768	WNW	2	bedeckt	1
Cork	775	NNW	1	wolkig	3
Aberdeen	769	SW	1	wolkig	4
Paris	770	NNO	3	bedeckt	—0

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. November 1894.

Wärmeres, vorherrschend wolkiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen bis frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Ein Pfennigprozeß ist gestern zu Ungunsten des Verklagten entschieden worden. Vor einiger Zeit hatte ein Gastwirth in der Georgenkirchstraße einen früheren Gast eines Pfennigs wegen gemahnt. Der letztere sandte dem Wirth den Betrag per Postanweisung zu, Adressat aber verweigerte die Annahme, weil das Bestellgeld in der Höhe von fünf Pfennigen nicht beigefügt war, und verklagte den säumigen Schuldner. Diesem gelang es, vor Gericht durch Stellung von Beweisanträgen zwei Termine herbeizuführen. Der Schuldner wurde im gestrigen Entscheidungstermin zur Zahlung der Schuld und in die Kosten verurtheilt, mit der Motivirung, daß Beklagter durch Uebersendung der Postanweisung über einen Pfennig an den Gastwirth seine Schuld anerkannt habe. Die Kosten dieses alternen Pfennig-Prozesses werden dem Beklagten auf etwa 150 M. zu stehen kommen.

Ein Strafgefangener ist gestern aus dem Kriminalgericht entsprungen. „Stotter-Wilhelm", dies ist der Spitzname des Arbeiters Otto Oskar Wilhelm Jung, hatte sich gemeinschaftlich mit dem Schlächter Friedrich Bortsch und dem Taubenhändler Max Liphardt vor der 182. Abtheilung am Amtsgericht I zu verantworten, und zwar war er aus der Strafanstalt Plötzensee vorgeführt. Der ganze „Anhang" des Mannes befand sich im Gerichtsgebäude. Nach dem Termin sollte Stotter-Wilhelm in seine Zelle zurückgeführt werden. Da jetzt zwei Schwurgerichte tagen, deshalb sehr zahlreiches Publikum im Gerichtsgebäude anwesend ist, außerdem die baulichen Umarbeitungen ziemliche Unordnungen verursachen und bei dem trüben Wetter auf den Korridoren egyptische Finsterniß herrscht, gelang es dem „Anhang" sich zwischen den Gerichtsdiener Zielke und den Gefangenen zu drängen, und im Augenblick war Stotter-Wilhelm, einer der berüchtigsten Zuhälter verschwunden. Jung ist am 26. Oktober 1857 zu Berlin geboren und schon vielfach vorbestraft. Von der Flucht wurde sofort die Polizei benachrichtigt, die eiligst den „Draht" in Thätigkeit setzte.

Parteinachrichten.

Parteipresse. Die leitende Stelle in der Redaktion der Breslauer „Volkswacht" übernimmt am 1. Januar der Genosse Bruhns, derzeitiger Redakteur der „Bremer Bürger-Zeitung".

* * *

Die Rede des Genossen v. Vollmar, die wir gestern im Auszuge, so wie sie uns durch den Draht übermittelt wurde, wiedergegeben, ist in ihren wesentlichen Punkten lediglich eine Wiederholung seiner in der „Münchener Post" und auch im „Vorwärts" zum Abdruck gebrachten Artikelserie, weshalb wir von einer ausführlichen Wiedergabe des Referats Abstand nehmen und uns beschränken auf den Abdruck der beiden Resolutionen, die in jener Versammlung gegen 6—8 Stimmen angenommen wurden:

1. Resolution.

Die Parteiversammlung der beiden Münchener Wahlkreise hält es für ihre Pflicht, gegen das Auftreten des Genossen Bebel in der Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises vom 14. November auf das entschiedenste Stellung zu nehmen. — Nach ihrer Ueberzeugung besteht für die Annahme, daß die Partei in einer wachsenden Verflachung und in einem prinzipiellen Niedergange begriffen sei, auch nicht der geringste thatsächliche Anhaltspunkt. Insoweit aber der Genosse Bebel wirklich an eine solche Gefahr glaubte, war die für die Geltendmachung seiner Ansicht allein gegebene Stelle der Parteitag. Dort rückhaltslos zu sprechen, war sein Recht und seine Pflicht. Nicht aber kann es das Recht eines Parteigenossen sein — und wäre er der höchstverdiente —, auf dem Parteitag selbst seine Meinung zu verschweigen, um unmittelbar hinterher, nachdem der Parteitag die Frage nicht nach seinem Willen erledigt, die Debatte aus eigener Machtvollkommenheit aufs Neue zu eröffnen und dadurch die Partei zu erregen und in einem Augenblick ihre Einigkeit zu gefährden, wo angesichts eines drohenden Angriffes die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je nöthig ist.

Ganz insbesonders kann die Parteiversammlung die unerhörte Art, in welcher den bayerischen Genossen die ihnen zu gemeinsamen Parteizwecken aus der Parteikasse zur Verfügung gestellten Geldmittel öffentlich vorgeworfen werden, gleich als ob dieselben ein zu Dank und Unterwürfigkeit verpflichtendes Geschenk wären, — nicht nachdrücklich genug verurtheilen. Mit Rücksicht darauf, daß Genosse Bebel Mitglied des Parteivorstandes ist, muß die Parteiversammlung eine Aeußerung des letzteren für nothwendig halten, durch welche jeder Zweifel darüber, als ob der Parteivorstand mit den Ausführungen des Genossen Bebel in irgend welchem Zusammenhange stehen könnte, beseitigt wird. — Indem die Parteiversammlung es auf das Tiefste bedauert, daß ein Genosse von dem berechtigten Ansehen Bebel's sich zu einem Vorgehen verleiten lassen konnte, welches so sehr den Interessen der Partei zuwiderläuft, spricht sie die Ueberzeugung aus, daß die Genossen überall ebenso sehr wie der sozialistischen Durchbildung, so auch der Förderung demokratischer Gesinnung und einer selbständigen Denkart ihr Augenmerk zuwenden müssen, damit die Partei vor jedem Mißbrauch der persönlichen Autorität gesichert werde. Schließlich giebt die Parteiversammlung ihrer völligen Uebereinstimmung mit ihren Abgeordneten, sowie der Solidarität der bayerischen Genossen mit der Gesammtpartei Ausdruck.

2. Resolution:

Die heute den 26. November 1894 im „Orpheum" tagende öffentliche Parteiversammlung erklärt:

„Ein Auftreten, wie es Bebel in einer Versammlung am 14. November im 2. Berliner Wahlkreis gegen die süddeutschen Parteigenossen, und namentlich gegen den Genossen Vollmar beliebte, betrachten wir, besonders in der gegenwärtigen Zeit, in welcher die Reaktion so hochgehende Wogen schlägt und in der die Partei nothwendig eine geschlossene Phalanx bilden muß, als die Interessen der Partei schädigend, und daher tief bedauerlich. Die Parteiversammlung verwahrt sich auf das Entschiedenste gegen die Anmaßung der Parteigenossen des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises, und verbittet sich jede Bevormundung von jener Seite über die Parteithätigkeit. Die Mittel, mit welchen in jener Versammlung gekämpft wurde, betrachten wir als der Partei unwürdig und verwerflich. Auf das Energischeste protestirt aber die heutige Parteiversammlung gegen die Aufstellung Bebel's über eine angeblich bestehende Opportunitäts- und Verwässerungspolitik, und weist den indirekten Vorwurf des Prinzipienverraths mit Entrüstung zurück.

Die Parteiversammlung erklärt ferner: Jedwelche Sonderbestrebung liegt uns fern. Wir sind uns bewußt, ein Glied der großen internationalen Sozialdemokratie zu sein, halten aber daran fest, daß in verschiedenen Landestheilen die Agitation den jeweiligen Verhältnissen anzupassen ist und infolge dessen die Taktik der Partei in agitatorischer Beziehung nicht schablonisirt werden kann.

Dem Genossen Vollmar bringt die heutige Parteiversammlung ihr vollstes Vertrauen entgegen, und wünscht, daß derselbe wie bisher, so auch fernerhin ein ebenso energischer, als eifriger Verfechter der Forderungen des Proletariats und der Prinzipien des internationalen Sozialismus sein möge."

* * *

Parteistreitigkeiten in Braunschweig. Seit einiger Zeit bestehen unter den Parteigenossen in Braunschweig zwei Richtungen, die sich gegenseitig bekämpfen, ohne daß es aber bisher zu einem offenen Bruch gekommen wäre. Kürzlich hielt nun Genosse Legien einen Vortrag in Braunschweig und soll dem Bericht im dortigen Partei-Organ zufolge im Laufe seines Vortrages den Braunschweiger Genossen den Rath gegeben haben, sich, falls die Redaktion des „Volksfreund" sich ihnen nicht fügt, ein neues Partei-Organ zu gründen. — Wir gestatten uns die Zwischenbemerkung, daß, wenn die Aeußerung von Legien wirklich so gemacht worden ist, das zum mindestens eine große Ungeschicklichkeit und Taktlosigkeit bedeutete, die man am allerwenigsten von einem Genossen in der Stellung Legien's erwarten sollte. Es wäre das in der That genau das Gegentheil von dem, wie man agitiren soll. Der Braunschweiger „Volksfreund" gab denn auch seinem Unwillen hierüber unverblümt Ausdruck und wies die Uebergriffe Legien's, der die Verhältnisse nicht kennen könne und als auswärtiger Genosse nicht das Recht habe, sich in die internen Angelegenheiten der Braunschweiger Genossen zu mischen, entschieden zurück. — Daraufhin war am 26. November eine Parteiversammlung anberaumt, in der endgiltig über die herrschenden Parteizwistigkeiten entschieden werden sollte. Genosse Calwer, Redakteur des „Volksfreund", referirte über „Innere Parteiorganisation". Er führte aus, daß die Parteitaktik durch den Erfurter Parteitag festgestellt sei und daß das Verhalten einer Minorität in der hiesigen Partei nicht so sehr gegen ihn, als gegen die Partei selbst sich richtete. Fortgesetzt würden Angriffe gegen den „Volksfreund" erhoben und die haltlosesten Beschuldigungen gegen denselben ausgesprochen. Genosse Legien, der das Bestreben habe, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Bewegung die politische zu sprengen, mische sich in die hiesigen Parteiverhältnisse und schlage auf grund ihm zugetragener Nachrichten vor, allerdings hinter ein Wenn versteckt, eine Spaltung in der Partei eintreten zu lassen. Es könne nicht so weiter gehen und er empfehle deshalb den Antrag: „Für die Parteigenossen bindende Beschlüsse können nur in Parteiversammlungen gefaßt werden, die von dem gewählten Vertrauensmann der Partei einzuberufen sind." Der jetzige Zustand führe zur Anarchie in der Partei. Wenn eine Parteiversammlung etwas beschlossen habe, komme die Minorität und beschließe in einer kleinen Versammlung das Gegentheil. Es müßte ein Machtspruch gesprochen werden, damit die Genossen wüßten, was sie zu thun hätten. — Genosse Legien, welcher anwesend war, kam ebenfalls zum Wort und wendet sich speziell gegen Calwer und allgemein gegen die politische Richtung in der Partei, welche den Nutzen und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung verkenne. Während der ganzen Dauer der Versammlung ist es für den Vertrauensmann und später für den Vorsitzenden schwer gewesen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Bei der Rede des Genossen Legien steigert sich die Unruhe so, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöst.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Den Erbürgermeister Engel von Preetz soll der Schuhmacher Uslar in einer Volksversammlung, die im Januar daselbst stattgefunden hat und in der Uslar gelegentlich äußerte, daß der Bürgermeister Engel seine vorgesetzten Behörden belogen habe, öffentlich beleidigt haben. Zum Ueberwachenden gewendet, hat Uslar alsdann noch hinzugesetzt, bitte, notiren Sie sich das, ich werde eventuell vor Gericht den Beweis der Wahrheit antreten. Der Staatsanwalt hatte sich des Bürgermeisters angenommen und so fand am 23. November in Kiel Verhandlung vor der dortigen Strafkammer statt. Der Wahrheitsbeweis für die von Uslar behaupteten Thatsachen wurde im Wesentlichen erbracht, einige Polizisten aber bezeugten das Gegentheil und so wurde Uslar zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

— In Ringethal bei Mittweida wurde eine Versammlung verboten, weil der Einberufer den Referenten nicht nennen wollte.

— Aufgelöst wurde vom Stadtrath zu Crimmitschau der dortige Verein Jugendvereinigung.

— Wegen Beleidigung des Grafen Fabrice wurde Genosse Reichard, Dresden, Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg", vom Dresdener Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe, eventuell 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Es handelte sich um ein Referat einer Gerichtsverhandlung und soll die Beleidigung in der wörtlichen Wiedergabe der Zeugenaussagen liegen. Es wurde dem Grafen Fabrice vorgeworfen, er sei ein roher Dienstherr, der seine Dienstboten mißhandele u. s. w. Gegen das schöffengerichtliche Urtheil hatte Genosse Reichard Berufung eingelegt, und befaßte sich am Sonnabend die zweite Strafkammer mit derselben. Das Gericht pflichtete dem Beschwerdeführer insofern bei, als es feststellte, daß der § 186 (Behauptung nicht erweislich wahrer Thatsachen u. s. w.) hier nicht anwendbar sei, aber es wurde erklärt, daß der ganze Artikel darauf gerichtet wäre, den Grafen zu beleidigen. Aus diesem Grunde wurde das schöffengerichtliche Urtheil bestätigt und die Berufung verworfen.

— Aus dem Gefängniß entlassen wurde der Genosse Karl Haupt aus Apolda, nachdem er 2 Monate 3 Tage hinter den Mauern zugebracht hatte.

— In Apolda wurde der Genosse Baudert zu 5 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er an öffentlichem Orte Schriften verkauft hatte. Der Gewerbeschein, den Baudert besitzt, ist nach Ansicht des Gerichts nicht genügend für den Verkauf an „öffentlichen Orten".

— Vor der Düsseldorfer Strafkammer stand der Genosse Gewehr-Elberfeld. Er sollte durch Veröffentlichung eines Soldatenbriefes in der „Niederrhein. Volkstribüne" die Vorgesetzten des 7. Armeekorps beleidigt haben. Der Brief war während des Aufenthalts des 57. Regiments in der Senne bei Paderborn geschrieben worden. Es war darin gesagt, daß das Essen dort schlecht sei und die Soldaten sich wiederholt beschwert hätten, einmal sei fast die ganze Kompagnie zur Beschwerde vorgetreten, aber genutzt habe es nicht. Drei ehemalige Soldaten, welche auf Antrag Gewehr's geladen waren, bestätigten die in dem Briefe gemachten Behauptungen. Das Gericht erklärte, es sei gleichgiltig, ob die behaupteten Thatsachen wahr seien oder nicht, in den in Frage kommenden Aeußerungen könne eine Be-

Theater.

Deutsches Theater. Als vor einem Jahrzehnt etwa zu Augsburg ein Theaterdirektor sich fand, der Ibsen's „Gespenster" zum ersten Male aufzuführen wagte, da nahm das gebildete Philisterium die Sache nicht allzu tragisch. Lag doch Augsburg fern und der Versuch galt nur als Kuriosum. Ungefähr ein Jahr darauf ging im Residenz-Theater Ibsen's Drama als Mittagsvorstellung in Szene. Da erst erhitzten sich die Gemüther, ein ungewöhnlich heftiges Für und Wider begann; neben dem ausschweifendsten Enthusiasmus regte sich die wüsteste, galligste Engherzigkeit; und der Schreiber dieser Zeilen war selber Zeuge, wie einer der erfolgreichsten Dichter der deutschen Lieutenantskomödie in heller Entrüstung gegen den anwesenden nordischen Dichter tobte: Werft ihm faule Aepfel an den Kopf! Mancher Mann selbst, der unbefangen sich zu begreifen mühte, was in der Dichtung stecke, wurde damals im Tageslärmen irregeführt und verkannte des Dichters Absichten. Nicht blos das kleinlichste Spießbürgerthum, dem jede Anklägernatur ein Greuel ist, rief damals: Wie peinlich. Auch gerechtere Köpfe warnten, wie erst dieser Tage der glatte, witzige, aber nicht allzutiefe Tailleron in Paris, vor dem nordischen Nebel, der sich beklemmend auf Athem und Gemüth lege. Daß aus dem düsteren Familiengemälde die Sehnsucht hervorbricht, über verrottete Vorurtheile hinweg zu neuer Erkenntniß zu gelangen, daß es durch alles Schmerzliche im Stücke, am tiefsten bei Frau Alving, der allzu spät Wissenden, hervorklingt: „Schafft Freude, schafft glückliche Daseinsbedingungen, wenn ihr frohe arbeitsfreudige Menschen großziehen wollt, das mürrische Klagelied vom Entbehren taugt zu nichts!" übersah man häufig. Inzwischen war die Freie Bühne entstanden und Ibsen's Gespenster ward ihre Programmvorstellung. Gestern nahm einer von den Gründern der Freien Bühne, Direktor Otto Brahm vom Deutschen Theater, Ibsen's Familiendrama in sein Repertoire auf. Das Stück war nach jahrelangem Bemühen von dem Berliner Polizeipräsidium freigegeben worden. In der Geschichte der deutschen Zensur wird dieser Kampf um ein Kunstwerk, das auf der ganzen zivilisirten Erde von den ernsthaftesten Leuten ernsthaft erörtert wurde und in die Weltliteratur übergegangen ist, ein höchst charakteristisches Denkmal bedeuten. Heute tobte im Deutschen Theater nicht mehr die alte Fehde. Aus kampfbereiten Zuschauern waren — wenigstens im Deutschen Theater — theilnehmende Beobachter geworden. Von allen denen, die seinerzeit im Residenz-Theater schauspielerisch mitwirkten, stand heute noch Herr Reicher auf dem Posten. Mit dem Pastor Manders begründete Herr Reicher vornehmlich seinen Ruf als Darsteller im modernen Charakterdrama. Wie er eins mit dem anderen zu verschmelzen weiß, die grundgütige Kindernatur mit der engbürgerlichen, pastoralen Beschränkung, die ihr Auge über den traditionellen Sitten- und Pflichtenkodex nicht emporzuheben vermag, wie daraus ein Gesammtbild des liebenswürdigen und dennoch so sehr rückständigen Menschen entsteht, das weiß Reicher heute so eindringlich, wie vor einem Jahrzehnt, zu gestalten. Von den Schauspielern, die auf der Freien Bühne mitthaten, war es Frl. Sorma, die gestern, wie in der Eröffnungsvorstellung der Freien Bühne, die Regina Engstrand spielte. Damals, wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, noch herber und trotziger, während sie jetzt die tastende Koketterie und das Gebildetthun des Mädchens reicher und schärfer betonte. Frau Alving wurde von Fräulein Bertens gespielt. Es war ihr erster Versuch. Sie, die sonst temperamentvolle und nervöse junge Damen zu spielen hatte, sollte eine leidgereifte in Lebensnoth zur Denkerin erwachsene Frau darstellen. Derlei gelingt nicht auf den ersten Wurf. Der große Zug der Ueberlegenheit wollte sich nicht einstellen. Wo aber mütterlicher Schmerz schrill wehklagt über das erbarmungslose Geschick des Sohnes, wo die Angst der zärtlichen Frau aufgescheucht wird durch die Foltern, die der Sohn erduldet, da gab es mit Herrn Rittner (Oswald) Momente von erschütternder Kraft. Auch Herr Rittner gab den Oswald, das schuldlose Opfer der Schuld der Väter, zum ersten Male. Die Ausbrüche nervöser Zerrüttung, der jähe Stimmungswechsel in überheftiger Energie und apathischer Erschlaffung, wie sie Oswald's Krankheitsbild kennzeichnen, dafür fand Herr Rittner seine besondere Form, wenngleich Manches an die Auffassung Antoine's vom Théâtre Libre erinnerte. Endlich sei noch des Herrn Müller als Tischler Engstrand gedacht. In der Reihe fesselnder Studien, die diesmal in einer der sorgsamsten Aufführungen des Deutschen Theaters geboten waren, stand Herrn Müller's ganz besonderer Engstrand nicht zurück. Während sonst mancher Schauspieler aus dem Engstrand eine spaßige Kanaille zu machen liebt, faßte ihn Herr Müller als durchaus ernsthafte Kanaille, als ruchlosen Tartüffe.

Lessing-Theater. Gleichzeitig mit der Aufführung der Gespenster im Deutschen Theater wurde die erschütterndste Familientragödie der modernen Literatur im Lessing-Theater aufgeführt. Wir wollen nach der vorstehenden Besprechung der Aufführung im Deutschen Theater blos noch einige Worte über die Darstellung im Lessing-Theater sagen.

Im Vordergrunde stand die tiefdurchdachte, allen wechselnden Situationen durchaus gewachsene und dabei vollkommen abgerundete Darstellung der Helene Alving durch Frl. Ruscha Butze. Dann ist Herr Sommerstorff als Oswald Alving lobend zu nennen. Besonders in den erschütternden letzten Szenen leistete er Hervorragendes. Herr Rollet als Pastor Manders war dagegen seiner Rolle nicht ganz gewachsen. Besser, wenn auch nicht frei von plumpen Uebertreibungen war Herr Horn als Tischler Engstrand. Bei Frl. Reisenhofer ist anzuerkennen, daß sie als eine erste Kraft sich mit der kleinen Rolle der Regine Engstrand befaßte. Sie war aber nicht in den Geist Ibsen's eingedrungen, ihre Weltfreudigkeit war zu groß, nicht das Streben nach derselben brachte sie zur Darstellung, sondern die vollkommen zum Durchbruche gelangte Begierde, sie faßte die Rolle überhaupt zu soubrettenhaft auf.

Das Publikum war erschüttert, es zollte zahlreichen Beifall, die Opposition war schwach.

Eingelaufene Druckschriften.

Unter dieser Rubrik zeigen wir sämmtliche der Redaktion zugehende literarische Neuigkeiten an. Wir bitten unsere Leser die Nennung der Schriften nicht als Empfehlung der Redaktion, sondern lediglich als Empfangsbestätigung aufzufassen.

Blos über diejenigen Erscheinungen, welche im Interesse unserer Leser oder aus politischen Gründen besprochen werden müssen, veröffentlichen wir, soweit dies der Raum unseres Blattes zuläßt, Kritiken. Genügt einer Verlagsbuchhandlung die Anführung der übersandten Rezensionsexemplare in dieser Rubrik nicht, so bitten wir von der Zusendung der Neuerscheinungen des Verlages absehen zu wollen.

Die Reform unserer Sozialversicherung von M. Kulemann, Leipzig, Verlag von Duncker und Humblot. 131 Seiten, Preis 1 M.

100 Millionen (Entwurf eines Spiritus-Monopol-Gesetzes) von F. Blumholtz. Dresden, Verlag von Glöß. 44 Seiten, Preis 1 M.

Der sozialistische Zukunftsstaat oder die Verstaatlichung der Produktionsmittel von Dr. Ernst Fr. Dynefen. Stuttgart, Verlag der Belser'schen Verlagshandlung. 50 Seiten, Preis 1 M.

Die wahre Ursache der schlechten Zeiten von Karl Marfelt. Berlin, Verlag von W. H. Kühl. 46 Seiten, Preis 70 Pf.

Der Sozialismus in direkter Entwickelung aus den bestehenden Verhältnissen von E. T. H. Dr. Biel, Kommissionsverlag von E. Kuhn.

Mehr Licht, Beitrag zur Börsenreform. Berlin, Verlag von Lazarus. 15 Seiten.

Maschinen, Roman von Konrad Alberti. Leipzig, Verlag von W. Friedrich. 420 Seiten, Preis 6 M.

Der Mentor, Jubiläums-Ausgabe, Notiz-Kalender für Schüler für das Jahr 1895. Altenburg, Verlag von Pierer.

„Geboren von der Jungfrau" von P. R. Berlin, Verlag von H. Walther. 23 Seiten.

leidigung überhaupt nicht gefunden werden, weshalb auf Freisprechung zu erkennen sei.

— Vor den Schranken des Gerichts stand am Montag der Redakteur der „Schwäb. Tagwacht" Genosse Geiger in Stuttgart; es kam aber diesmal vor dem Landgericht als Berufungsinstanz zwischen dem Privatkläger (einem Fabrikanten in Göppingen) und dem Genossen Geiger zu einem Vergleich.

Soziale Uebersicht.

Das Eisen- und Stahlwerk Hösch-Dortmund, dasselbe, das kürzlich 500 Arbeitern kündigte, erzielte im Jahre 1893/94 660 948 M. Entbehrungslohn.

Geringeren Lohn oder Entlassung, das sind die beiden Eventualitäten, zwischen denen der Arbeiter vielfach zu wählen hat, damit der Unternehmergewinn keinesfalls geschmälert werde. So macht der Hoerder Bergwerks- und Hüttenverein, wie die „Rhein. Westf. Zeitung" meldet, bekannt, daß er sich, um Arbeiterentlassungen wegen der Nähe des Winters zu vermeiden, genöthigt sehe, mit Rücksicht der immer mehr sich verschlechternden Preise die Löhne herabzusetzen.

Ein recht vernünftiges Wort über das Armenwesen hat in St. Gallen der katholisch-konservative Gemeinde-Ammann Sutter, Mitglied der staatswirthschaftlichen Kommission, ausgesprochen; er sagt in seinem Bericht u. a.: „Es geht nicht an, daß der Armenpfleger Unterstützungsbedürftige einfach auf seine leere Kasse hinweise, wie dies wiederholt am Fuße des Calanda geschehen, oder daß bei eintretender Hilfsbedürftigkeit auswärts wohnender Bürger ohne weiteres das Armenhaus als Offerte ausgespielt werde, in der stillen Hoffnung, daß die betreffenden Armen lieber auf Unterstützung verzichten, — wie der Amtsbericht treffend sagt. Die Amtsbehörden mögen beherzigen, was ein Sozialpolitiker mit Recht sagt: „Die Armuth ist der Herd vieler Verbrechen und sozialer Krankheiten. Unzählbar ist die Menge derjenigen, welche der Hunger zu Verbrechern gemacht hat. Die Moralstatistik hat nachgewiesen, daß mit jedem Groschen, um den der Brotpreis steigt, die Verbrechen gegen das Eigenthum zunehmen. Der übel rathende Hunger führt gar leicht zu Verbrechen; auch ist die Kunst, zu betteln, bekanntlich der nächste Verwandte der Kunst, zu stehlen. Ebenso groß ist die Einwirkung der Armuth auf die Entsittlichung der Bevölkerung, besonders des weiblichen Theiles. Ein zweiter wichtiger Punkt sind die aus Hunger, ungenügender Nahrung und elenden Wohnungsverhältnissen entstehenden Krankheiten, deren Verbreitung durch Ansteckung die ganze Gesellschaft bedroht." Hätte das Schweizervolk am 3. Juni d. J. das Initiativbegehren betreffend die Gewährleistung des Rechts auf Arbeit angenommen, die staatliche Armenunterstützung würde in nächster Zeit eine gewaltige Umwälzung erfahren haben. Ob nun diese angestrebte Sozialreform, die das Postulat der Arbeiterpartei war, nicht früher oder später wieder an das Schweizervolk zur Entscheidung herantrete, wird kaum eine Frage sein. Die Existenzbedingungen der Menschen sind eben infolge der großen Fortschritte der Technik wesentlich andere geworden, und es ist nicht schwer, einzusehen, daß diese Aenderung eine Umgestaltung des sozialen Rechtes zur Folge haben wird."

Arbeiterschutz in der Schweiz. Die nun redaktionell festgestellten Anträge der Kommission des Nationalrathes betreffend Arbeiterfragen (Motionen Comtesse und Vogelsanger und Maifeierpetitionen 1890—93) lauten folgendermaßen: Die Kommission erklärt, daß sie die Auffassung hat, es seien die Kantone berechtigt, in ihren Gesetzgebungen solche Bestimmungen für alle übrigen Gewerbe zu treffen, wo sie das schweizerische Fabrikgesetz für die ihm unterstellten Gewerbe enthält; sie nimmt mit Genugthuung Notiz davon, daß der Bundesrath sich in seiner Botschaft vom 16. Juni 1894 für die Anstellung eines weitern Adjunkten zu dem Fabrikinspektorat des III. Kreises ausspricht, und sie beantragt: 1. Es sei der Bundesrath eingeladen, zu untersuchen, ob nicht mit bezug auf die Lohnauszahlung in Waaren, sofern dabei eine gewinnsüchtige Absicht waltet, sowie mit bezug auf die Lohnabzüge und vierzehntägige Lohnzahlung für solche Betriebe, welche mehr als zehn Arbeiter beschäftigen, Bestimmungen, wie die im Fabrikgesetze enthaltenen, zu treffen seien; 2. es sei der Bundesrath eingeladen, zu untersuchen, ob nicht in den Bundeswerkstätten die Arbeitszeit auf zehn Stunden beschränkt werden solle; 3. es sei der Bundesrath eingeladen, zu untersuchen, auf welche Weise es sich bewirken lasse, daß die Frauenarbeit in den Fabriken an Sonnabenden auf den Vormittag beschränkt werde, und 4. es sei der Bundesrath eingeladen, die Verhandlungen bezüglich einer internationalen Regelung der Arbeiterschutzfragen beförderlich wieder aufzunehmen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Vergolder! Laut Mittheilung der Kollegen von Altona sucht der Werkführer Masselder für die Ottensener Aktienfabrik in Berlin Arbeiter anzuwerben. Wir ersuchen nun die Kollegen, sich von dem genannten Herrn nicht zur Annahme einer Stellung verlocken zu lassen, da die Arbeitsbedingungen dort bekanntlich schlecht sind und außerdem keine Verbands-Mitglieder in der genannten Fabrik beschäftigt werden.

Der Verbands-Vorstand.

Ueber die Eisengießerei und Maschinenfabrik von Carl Bachmann in Ansbach wurde die Sperre verhängt, weil die dortigen Arbeiter, speziell die Former, mit dem Unternehmer in Differenzen gerathen sind. Zuzug ist daher fernzuhalten.

Versammlungen.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband (Bezirk O.) hatte am 25. November eine Versammlung einberufen, in der Genosse Hoffmann einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Unter Verbands-Angelegenheiten werden die Mitglieder aufgefordert, alle Anträge zum Verbandstag dem Vorsitzenden Kollegen Hinz, Gräfestr. 32, schriftlich einzureichen. — Die Tagesordnung der nächsten Versammlung lautet: Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung einer Innungs-Krankenkasse?

Für den Bezirk N. derselben Vereinigung tagte am 26. Novbr. eine gut besuchte Versammlung bei Kelle, Schönhauser Allee. Das Referat hatte Gen. Ahrens übernommen, der über die Gründung der Innungs-Krankenkasse referirte. Sowohl der Referent als auch die Redner in der Diskussion nahmen eine entschieden ablehnende Stellung zu dieser Gründung ein. Des näheren wurde dieser Standpunkt in einer Resolution begründet, die einstimmige Annahme fand. Mehrere Werkstattangelegenheiten wurden der Kontrollkommission zur weiteren Recherche übergeben. Sodann sprach die Versammlung ihr Bedauern aus, daß die Kollegen aus der Tischlerei von Herrgesell, Wilhelmshavenerstr. 28, bei einem Wirth verkehren, der boykottirtes Bier ausschänkt.

Vermischtes.

Wegen Gattenmordes ist nach der „Breslauer Zeitung" der Bauerngutsbesitzer von Stwolinsky in Lenkau verhaftet worden. Frau von Stwolinsky wurde am Donnerstag Abend durch einen Schuß in ihrem Zimmer getödtet. Der Schuß wurde von außen abgegeben, drang durch das Fenster und traf die Frau, die beim Nähen gerade den Arm erhoben hatte, in die Seite und ging bis ins Herz. Frau von Stwolinsky muß sogleich todt gewesen sein. Der Ehemann der Ermordeten war einige Stunden vorher mit seinem Gespann nach Zabrze gefahren, um dort Kohlen zu holen. Als er Sonnabend früh gegen 5 Uhr nach Lenkau zurückkehrte, wurde er als der That dringend verdächtig verhaftet. Mehrere Dorfbewohner wollen ihn mehrere Stunden nach der Wegfahrt noch in der Nähe des Dorfes gesehen haben.

Erderschütterungen fanden in der Nacht zum Dienstag an mehreren Orten Serbiens statt. Schaden wurde nicht angerichtet.

Trauriges Ende einer Nordpolexpedition. Nach einer der „Vossischen Ztg." übermittelten Drahtmeldung aus Halifax scheiterte der Dampfer „Falcon" mit Pearys Nordpol-Erforschungsexpedition auf der Höhe der Südküste von Grönland im Oktober. Alle an Bord kamen um.

Aus Rio de Janeiro wird berichtet: In Rezende und Cocchoeira traten verdächtige Krankheitsfälle in größerer Zahl auf. Zum Studium der Krankheit sind Aerzte dorthin abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 29. November.
Opernhaus. Oberon.
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orleans.
Deutsches Theater. Gespenster.
Berliner Theater. Madame Sans-Gêne.
Lessing-Theater. Gespenster.
Schiller-Theater. Hans Sachs. Burgruine.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Fledermaus.
Residenz-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Vielliebchen.
Neues Theater. Komödianten.
Theater Unter den Linden. Jabuka. Meißner Porzellan.
Bellealliance-Theater. Kyritz-Pyritz.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die ewige Braut.
Alexanderplatz-Theater. Die Räuber.
National-Theater. Der Tod als Pathe.
Reichshallentheater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Donnerstag, 29. November, Abends 8 Uhr: **Hans Hacke. Burgruine.**
Freitag, den 30. November, Abends 8 Uhr: Zum 1. Male: **Des Meeres und der Liebe Wellen.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von Grillparzer.
Sonnabend, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr: **Des Meeres und der Liebe Wellen.**

Adolph Ernst-Theater
Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. **Brandon Thomas.**
Vorher:
Die ewige Braut.
Liederspiel mit Tanz in 1 Akt von **W. Mannstädt** und **J. Kren.**
In Scene gesetzt von **Ad. Ernst.**
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.
Täglich Abends 7½ Uhr:
Texas Jack's American Prairie Life-Show.
Illustrationen aus dem Amerikan. Plantagen- und Prairieleben.
(Näheres die Tageszettel.)

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
Der Tod als Pathe.
Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von **Ernst Blumme** mit theilweiser Benutzung einer Idee von **August Blanche.**
Dekorationen von **Müller** und **Schäfer.** Beleuchtungseffekte vom Ober-Beleuchter **Collander.** Maschinerien vom Theatermeister **Weisse.** Lichtbilder von **Ludwig Richter.** Tanz- und Flugevolutionen vom Balletmeister **G. Zinner** arrangirt. Die lebenden Land- und Wasserthiere aus dem Aquarien-Institut von **Otto Preusse,** Alexanderstr. 28. Garderoben und Requisiten vom Ober-Garderobier **Paul Hildebrandt.**
Musik von **Adolph Wiedecke.**
Regie: **Max Samst.**
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Bons sind giltig.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar

Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Vornehmster Familienaufenthalt!
Neu! Sensationell! Neu!
Unsere Garde.
Große Posse mit Gesang u. Tanz und militärischen Aufführungen in 1 Akt von **Beckers.**
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Anfang:
Wochent. 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree:
Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.
R. Winkler.

„Sanssouci"

Kottbuserstraße 4a.
Jeden
Sonntag und Donnerstag:
Stettiner Sänger

(Meysel, Häckel, Pitro, Britton, Eberius, Steidl, Röhl und Blank).
Zum Schluß (Neu):
Tenoristen-Rache.
Urkomisches Ensemble.
Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr. — Entree 50 Pfg.
Billets à 40 Pfg. (nur für die Wochentage giltig) sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von Keßler, Kottbuserplatz, zu haben.
Stets wechselndes, amüsantes Programm.

Kunstmann, Uhrmacher, Charlottenburg, Wallstr. 103. 2783b

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Anna Bäckers. Josefine Dora.
Zum 90. Male:
O, diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: **O! diese Berliner.**

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.
Die Hexenschaukel, neueste Illusion.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali
der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
das kleinste Menschenkind.
Mexikanische Riesen-Cacteen
in noch nie gesehener Größe.

Circus Renz

Carlstrasse.
Donnerstag, 29. November 1894,
Abends 7½ Uhr:
Tjo Ni En.
Neue Musikeinlagen in den sensat. Tänzen les grelots vivants und jeu des barbichons.
Außerdem: 6 trak. Rapphengste, vorgef. vom Dir. **Fr. Renz. Parthenia** und **Paria,** Springpferde, geritten von Frau **Renz-Stark** und Frl. **Wally Renz. Königsquadrille,** ger. v. 8 Damen und 8 Herren. **Mr. Clark** als Jongleur. Der sensationelle Handequilibrist **Mr. Jules Keller.** Die beliebten Klowns **Gebr. Villand** ꝛc.
Freitag: **Tjo Ni En.**
Sonntag: Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise): **Komiker-Vorstellung.**
Abends 7½ Uhr: **Tjo Ni En.**
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5—10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. 966L*
Näheres die Anschlagzettel.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Vereinskollege

Wilhelm Müller

nach längerem Leiden an der Proletarierkrankheit gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. November, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus, statt. Um rege Betheiligung bittet [143/7]

Die Ortsverwaltung.

Am 26. d. M., Mittags 1 Uhr, verstarb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Bruder, der Gärtner [1309b]

Franz Dierke

am Herzschlag. Die Beerdigung findet am 30. d. M. von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes aus, statt.
Wwe. **Anna Dierke** nebst Verwandten.

Kompl. Kücheneinrichtung u. einzelne Küchenspinden bill. zu verk. Lausitzerstraße 50, H., Keller. 1104b

Danksagung.

Den werthen Bekannten und Genossen sage ich für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines Vaters, des Schankwirthes **Reinhold Bernicke,** sowie für die Kranzspenden meinen herzlichsten Dank. [1322b

Paul Bernicke.

Danksagung.

Hiermit sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Verein der Einsetzer (Tischler) Berlins und Umgegend für die liebevolle Theilnahme beim Begräbniß unseres lieben Vaters, des Tischlers Heinrich Knabe, unseren tiefgefühlten Dank. [1313

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuheit!
Sozialist. Gratulations-Karten
in großer Auswahl.
Lassalle-Abreiß-Kalender.
Patent-Elfenbein-Bilder
Lassalle. Marx etc.
Neuheit!
Muster werden an Wiederverkäufer franko zugesandt. 1038L*
E. Seidel, Luxuspapierfabrik,
Berlin, N., Brunnenstr. 40.

Achtung! Schmiede. Achtung!

Freitag, 30. Nov., Ab. 8½ Uhr, bei Herrn **Fiebig,** Gr. Frankfurterstr. 28:

Große öffentliche Versammlung

mit Frauen
der **Schmiede** Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **August Bebel** über: **Arbeiterorganisation und soziale Gesetzgebung.** 230/4

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Grosse öffentliche

Versammlung der Droschkenkutscher

heute Abend 9 Uhr
in den „Arminhallen", Kommandanten-Straße Nr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Individuelle Freiheit und Kadavergehorsam. Referent: **A. Hoffmann** (früher Pankow). 2. Beschlußfassung über eine Petition an das königliche Polizeipräsidium wegen Aufhebung der Bekanntmachung vom 10. November 1893, betreffend die Einführung des weißlackirten Hutes, sowie Aufhebung der Sonderhalteplätze für Droschken mit Fahrpreisanzeiger. Referent: **W. Schütte.** 3 Diskussion.

Die geehrten Herren Kollegen werden hierdurch dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

107/3 **Das Agitations-Comité. J. A.: H. Schreiber.**

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen!

Sonntag, den 2. Dezember, Vorm. 10 Uhr, bei Rieft, Weberstraße 17:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **August Bebel:** „Die in Aussicht stehende Mehrbelastung des deutschen Volkes, insbesondere die drohende Tabak-Fabrikatsteuer." 2. Bericht der Fünfzehner-Kommission.

289/12 **Die Kommission der Tabakarbeiter.**

Verantwortlicher Redakteur: J. Dietl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts" Berliner Volksblatt.

Nr. 278. Donnerstag, den 29. November 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Der Akkordarbeiter und seine genügende oder nichtgenügende Beschäftigung während der Kündigungsfrist. Ein Hutarbeiter war von dem Fabrikanten Rappaport gegen Schluß der Saison gekündigt worden. Arbeiten, die er stets zu machen pflegte, waren jedoch nur noch in so geringer Menge zu leisten, daß er in vier Tagen blos 4,53 M. verdiente. Am Morgen des vierten Tages forderte er Herrn Rappaport auf, genügende Beschäftigung für ihn zu besorgen, da Abends solche nicht herangeschafft war, legte er die Arbeit nieder, um dann beim Gewerbegericht eine Klage auf Zahlung von 43,47 M. einzureichen. Der Kläger glaubte mit Recht, die Differenz zwischen dem Arbeitsertrag der vier Tage und dem Durchschnittsverdienst für 14 Tage, den er auf 48 M. berechnete, fordern zu dürfen. Er begründete im Termin am 26. November seinen Anspruch mit den Worten, der Meister hätte für ausreichende Beschäftigung sorgen müssen. Befragt, weshalb er nicht erst die 14 Tage ausgehalten und zunächst gesehen hätte, was er verdienen würde, antwortete der Kläger mit Recht, das wäre möglicherweise als Einverständniß mit dem geringen Verdienst angesehen worden. Der Kläger wurde mit folgender Begründung abgewiesen: Dem Kläger stand laut Paragraph 124 Nummer 4 der Gewerbe-Ordnung das Recht zu, ohne Innehaltung der Kündigungsfrist die Arbeit zu verlassen, wenn der Arbeitgeber bei Stücklohn-Arbeit nicht für ausreichende Beschäftigung sorgte. Neben diesem hatte er jedoch nicht das fernere Recht, die Lohndifferenz einzuklagen, insbesondere nicht, da er nicht die vierzehn Tage aushielt. — In diesem Falle tritt wieder einmal so recht der Widerspruch zu tage, der darin liegt, einem Akkordarbeiter wohl das Recht der vierzehntägigen Kündigungsfrist zuzusprechen, ihm aber für die Dauer derselben seinen Durchschnittsverdienst nicht zu garantiren. Allerdings liegt dieser Widerspruch im Gesetz und das Gericht konstatirt ihn nur durch sein Urtheil. Akkordarbeiter sind dadurch schon vielfach „von Rechtswegen" im Gegensatz zu Lohnarbeitern geschädigt worden. Dem Lohnarbeiter wird einfach, vorausgesetzt, er hatte Anspruch auf die Kündigungsfrist, sein Lohn für die betreffende Zeit zuerkannt. Weil der Akkordarbeiter bei nicht ausreichender Beschäftigung die Arbeit niederlegen darf, ohne daß das Gesetz ihm zugleich einen bezüglichen Entschädigungsanspruch zubilligt, ist für ihn unter Umständen, wie im obigen Falle, die Kündigungsfrist ein schönes Trugbild.

Regierung und Prügelpädagogen. Das Ober-Verwaltungsgericht hatte am 27. November zu entscheiden, ob ein gegen den Lehrer Schubert aus Hintersee wegen qualifizirter Körperverletzung eingeleitetes Strafverfahren statthaft sei oder nicht. Die königliche Regierung in Stettin hatte nämlich den Konflikt erhoben, indem sie ausführte, die in Frage stehende kräftige Durchprügelung eines widerspenstigen Schülers hätte nicht derartige Folgen gehabt, welche ein gerichtliches Einschreiten rechtfertigten. Ein event. Ueberschreiten des Züchtigungsrechts sei dagegen nur auf dem Disziplinarwege zu ahnden. Daß die Züchtigung schärfer wie gewöhnlich ausgefallen, suchte die Regierung mit dem Verhalten des betreffenden achtjährigen Knaben zu entschuldigen, der sich äußerst renitent betragen haben soll. Ein Attest des Dr. Grünthaler, welches verlesen wurde, konstatirt als Merkmale der „Zucht" des Herrn Schubert u. a. eine dunkelblaue Geschwulst auf dem einen Schulterblatt des Gestraften, eine Reihe kleiner Flecke, sechs einfingerbreite Striemen, die erhaben und bläulich-grün gefärbt waren, eine dreifingerbreite Geschwulst und in einem Handteller eine große dunkelblaue Geschwulst. Nach der am Tage der Untersuchung in dem Attest niedergelegten Meinung des Arztes, waren die meisten jener Folgen der von Schubert praktizirten Prügelpädogogik nur geeignet, den Knaben ein paar Tage zu „stören", und die anderen, ihn wohl etwas länger zu „belästigen", ohne jedoch seine Gesundheit in der Folge zu beeinträchtigen. Was die Züchtigung selbst betreffe, so sei dieselbe etwas übermäßig reichlich ausgefallen. — Der erste Senat unter dem Vorsitz des Präsidenten Persius erklärte den Konflikt der Regierung in Stettin für begründet. Der Vorsitzende führte zur Begründung der Entscheidung aus: Angenommen, Schubert sei wirklich bei der Ausübung seines Zuchtrechtes bis an die äußerste Grenze gegangen, so ist die Züchtigung doch nicht eine solche gewesen, daß die Gesundheit des Gezüchtigten durch sie in Gefahr gerieth. Merkmale, wie die im Attest aufgeführten, lasse immer eine Züchtigung zurück, in einem Falle mehr, im anderen weniger. Nach der Kabinetsordre vom 14. Mai 1825, welche die Schulzucht betrifft und deren Nummer 4 sich im Einklang befindet mit dem § 50 des 12. Titels aus dem 2. Theil des Allgemeinen preußischen Landrechts, dürfe die Schulzucht niemals bis zur Mißhandlung, welche der Gesundheit der Kinder schädlich werden könnte, ausgedehnt werden. Da nun im vorliegenden Falle die Gesundheit nicht gefährdet worden sei, der Lehrer also in den der Schulzucht gesetzten Schranken verblieb, dürfe gegen ihn nicht strafrechtlich vorgegangen werden. — Infolge dieses Urtheils ist das Verfahren gegen Schubert wegen Mißhandlung bezw. Körperverletzung definitiv einzustellen. Das Bemerkenswertheste an dem Entscheid ist die Auslegung des Begriffs „Gefährdung der Gesundheit" im Sinne einer dauernden Gefährdung der Gesundheit. Hierdurch wird die Möglichkeit eines strafgerichtlichen Vorgehens gegen einen preußischen Lehrer ausgeschlossen, wenn derselbe mit der Züchtigung eines Schülers „bis an die äußerste Grenze geht" und ihn so nur in einen vorübergehenden Zustand versetzt, der sich mit dem Worte „Gesundheit" nicht bezeichnen läßt.

Versammlungen.

In der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Frankfurter Viertel) hielt am 27. d. M. Genosse Theodor Glocke einen Vortrag über „Landproletariat und Sozialdemokratie". In seinem Vortrage schilderte der Redner die Entwickelung der ländlichen Eigenthumsverhältnisse und die Zuspitzung der Klassenunterschiede aus dem ursprünglichen Gemeinwesen heraus bis auf die heutige Zeit, die Schaffung des modernen Landproletariats, die überaus bedrängte und bedrückte Lage desselben, die Abhängigkeit des Kleinbesitzes vom Großbesitze und die naturgemäße Unhaltbarkeit des ersteren und trat der Auffassung entgegen, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Selbständigkeit des Kleinbauernthums erhalten bleiben könne. Wenn die Landagitation auch mit den jeweiligen örtlichen Verhältnissen zu rechnen habe, so müsse doch auch den Kleinbauern klar gemacht werden, daß ihr Besitzthum unhaltbar sei. Unser Agrarprogramm müsse darin wurzeln, die Landproletarier aufzuklären, der Uebervortheilung der Kleinen durch die Großen zwar entgegenzutreten, im Uebrigen aber unsere Endziele nicht zu verschleiern. Hierdurch allein könne eine zielbewußte Menge herangebildet werden, die bereit ist, thatkräftig mitzuarbeiten an der Ueberführung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische. (Beifall.) In der folgenden Diskussion pflichten alle Redner dem Vortragenden durchaus bei.

Für die im Köpenicker Viertel wohnenden Parteigenossen hatte der Wahlverein für den 4. Kreis am Dienstag Abend eine Versammlung bei Jul. Henke, Naunynstr. 27, arrangirt. Der Vortragende, Stadtverordneter Metzner, sprach über das Thema: „Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Berliner Stadtvertretung." Besonders beifällig begrüßt wurden die satirischen Kommentare zu dem verneinenden Votum der Stadtverordnetenmehrheit hinsichtlich des kürzlich verhandelten Achtstundenantrages Singer und Genossen im rothen Hause. Der Redner legte überzeugend klar, wie der blöde Parteifanatismus sich den Gründen der Humanität sowohl als auch den Entschließungen einer weitsichtigen Steuerpolitik — die darin besteht, daß man möglichst alle Angehörigen der Kommune befähigt, zu den Lasten beizutragen — widersetzt hat. Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums, damit schloß der Referent seine Ausführungen, werde der Mehrheit, die eine sozialpolitische Maßregel von größter Tragweite mit Schlagworten bekämpft, noch oft Gelegenheit geben, ihre Ausbeutermoral zu offenbaren, indem die Arbeitervertreter ihr mit diesem Antrag immer wieder zu Leibe rücken. Die Diskussion fiel aus. Auf Vorschlag des Genossen Gadegast erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß den neu eintretenden Mitgliedern ebenfalls Parteitagsprotokolle ausgehändigt werden. Zu Ehren der Genossen Bremer-Magdeburg und Barth-Berlin IV erhob sich die Versammlung von den Plätzen.

Der Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen hielt am 15. November in den Arminhallen eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Leider war der Besuch derartig schwach, daß auf einmüthigen Beschluß der Hauptpunkt der Tagesordnung, der Vortrag des Kollegen Schöpke über: „Die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit", vertagt werden mußte. — Daran kam zunächst die Maßregelung des Kollegen F. Scherer bei der Firma Littauer und Boysen zur Sprache. Es ward mitgetheilt, daß die aus ganz geringfügiger Ursache erfolgte Maßregelung des genannten Kollegen nach eingehender Untersuchung vom Filialvorstande als solche anerkannt und demselben die ortsübliche Unterstützung ausgezahlt worden sei. Nachdem noch die Frage einer eventuellen Selbstorganisation der Präger und Prägerinnen gestreift, die Vorzüge des jetzigen Arbeitsnachweis-Bureaus gegenüber dem früheren hervorgehoben, befaßte man sich in lebhafter Debatte auf Anregung des Kollegen Meischa mit der Frage der Nothwendigkeit einer Arbeitslosenunterstützung zum Weihnachtsfest seitens der hiesigen Filiale. Es wurde hierzu mitgetheilt, daß bereits der Gesangverein „Senefelder" diese Angelegenheit übernommen und sich verpflichtet habe, den gesammten Ueberschuß des Festes zum alleinigen Besten der arbeitslosen Mitglieder der hiesigen Filiale zu überweisen. In dankbarer Anerkennung dieser opferwilligen Handlungsweise wolle nun ein jeder Kollege im Hinblick auf den humanen Zweck dieses vom Gesangverein „Senefelder" projektirten Wohlthätigkeitsfestes dafür sorgen, daß es recht zahlreich besucht werde. Zum Schluß theilte Kollege Brall noch den Beitritt von 24 neuen Mitgliedern mit.

Die Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter hielt am 15. November eine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ist besonders erwähnenswerth, daß die Zahl der Exekutionsanträge von 599 mit einem Betrag von 14 830,06 M. im Jahre 1893 auf 816 mit einer Forderung von 18 843,03 M. im Jahre 1894 gestiegen sind. Zur Erledigung stand sodann die Wahl eines Rendanten und eines Kassirers. Der bisherige Rendant Herr Hubert hatte eine Wiederwahl abgelehnt, und wurde an dessen Stelle Herr J. Schulz gewählt. Ebenso hatte Herr Stäbs, da ihm das Amt zu schwer wird, gleichfalls seinen Posten als Kassirer niedergelegt; es standen dadurch 3 Kassirer zur Wahl. Von diesen wurde Herr Kröhn wiedergewählt und die Herren Post und Scholz für die beiden anderen erledigten Stellen bestimmt. An Stelle der 4 ausscheidenden Verbandsmitglieder wurden Stadebusch, Clemens, Buchholz und Sauerbaum gewählt. Zur Zentralisation der Orts-Krankenkassen nimmt die Versammlung eine abwartende Stellung ein.

Eine Mitgliederversammlung der Filiale Nord und Moabit des deutschen Metallarbeiter-Verbandes tagte am 19 November in Reichert's Festsälen. Zur Verhandlung gelangte zunächst die Lohnreduktion bei der Firma Löwe u. Co., worüber Kollege Hofmann einen eingehenden Bericht erstattete. Alsdann behandelte Frau Ihrer in ca. 1½stündigem Vortrage das Thema: Schicksalsglaube in alter und neuer Zeit. Die darauffolgende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats und gelangte sodann folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin Frau Ihrer voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß vor allem die Frauen zur Organisation herangezogen werden.

Im Fachverein der Lederarbeiter referirte am 19. November der Vorsitzende Schulz über das Thema: „Die Musterzeit und eine abermalige Lohnreduktion". In der Diskussion nahm das Mitglied Fretter Gelegenheit, an der Hand einiger Beispiele zu beweisen, daß die Preise für mehrere Artikel innerhalb einer verhältnißmäßig kurzen Zeit um 50 pCt. reduzirt sind. Redner fordert deshalb seine Berufsgenossen auf, durch die Organisation für eine Besserung der Lohnverhältnisse zu sorgen. Allgemein wurde auch eine rege Agitation unter den Hausarbeitern empfohlen, von denen leider sehr viele der Vereinigung fern stehen. — Am 11. Dezember findet im Lokale des Herrn Henke, Naunynstr. 27, eine öffentliche Versammlung statt, auf welche die Berufsgenossen ganz besonders aufmerksam gemacht werden.

Der Verband der Vergolder hielt am 19. November seine Monatsversammlung ab, in der A. Hoffmann in einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „die Frau und die Gewerkschaftsorganisation" sprach. Nach einer regen Diskussion schritt die Versammlung zur Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. Gewählt wurden: Nary, Schnorre, Stahmann, Voges und Richard Mehring. Um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, wurde ein Komitee von 5 Mitgliedern gewählt, das sich aus den Kollegen Krüger, Donath, Gericke, Borchardt und Lange zusammensetzt. Beschlossen wurde, nach Schluß der Generalversammlung eine Versammlung zu veranstalten.

Die Freie Vereinigung der Militärmützen-Arbeiter beschäftigte sich in ihrer Versammlung am 24. November mit der Regelung gewerkschaftlicher Angelegenheiten. Zunächst wird mitgetheilt, daß die Arbeitgeber Schick und Keyser die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Sodann wird ein Antrag angenommen, daß diejenigen, die aus dem Verein ausgeschlossen sind, erst in sechs Monaten eine neue Aufnahme erlangen können. Zur Regelung der Werkstatt-Angelegenheiten bestimmt die Versammlung eine Kommission von drei Mitgliedern. Die nächste Versammlung findet am 15. Dezember statt.

In den Oranienhallen hielt am 25. November vor einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der Arbeiter-Bildungs-Schule der Schriftsteller Heinrich Schulz (Steglitz) seinen dritten Zyklus-Vortrag und zwar über das Thema: „Die deutsche Dichtkunst vor und während der 48er Revolution". Der Redner schilderte zunächst an der Hand der materialistischen Geschichtsauffassung die Weiterentwickelung der Dichtkunst, nachdem die große, mächtige französische Revolution durch die rachsüchtige Reaktion und diese wieder durch die Säbelherrschaft eines Napoleon Bonaparte abgelöst worden sei. Von einem frisch pulsirenden geistigen Leben habe man in jener Zeit wüthendsten Kriegslärmens nicht reden können. Einen mächtigen Anstoß habe die Dichtkunst erst wieder dadurch erhalten, daß in dem Volke durch schlaue Machinationen der herrschenden Klassen eine Art patriotischen Rausches erzeugt worden sei, durch den dieselben sich von dem korsischen Eroberer zu befreien hofften. Aber obwohl das gutmüthige Volk in den Befreiungskriegen sein Leben aufopferungsvoll in die Schanze geschlagen habe, so sei es dennoch später schmählich um die Früchte seines Kampfes betrogen worden, denn statt des bisherigen fremden Bedrückers hätten nun die herrschenden Klassen, nachdem sie nach außen hin unbehelligt waren, eine weit schlimmere und nichtswürdigere Knechtung des Volkes ausgeübt. In dieser Zeit finsterer Reaktion seien alle freiheitlichen Regungen, vorzüglich auf dem Gebiete der Dichtkunst, brutal unterdrückt, so daß nur die allerseichtesten und fadesten poetischen Werke gelesen wurden. Bezeichnender Weise sei ein Kotzebue, der später als russischer Spion entlarvt sei, der am meisten gelesene Dichter gewesen. Allmälig aber, je näher man der 48er Revolution kam, nahm auch die Dichtkunst wieder einen selbständigeren Charakter und trotzigeren Ton an und zwar sei die politische Satire, der beißende Hohn auf die traurigen Zeitzustände die Einleitung zu der späteren stürmischen Revolutionslyrik gewesen. Börne, Heine, der darum noch heute von den Spießbürgern auf das tödtlichste gehaßt werde, Gaudy, Glaßbrenner und viele andere hätten auf dem Gebiete der politischen Satire Treffliches geleistet, wie der Vortragende durch einige Zitate nachwies. Zu den kühnsten, stürmischsten Kämpfern zur Zeit der eigentlichen Revolution hätten Männer gehört wie Prutz, Herwegh und Freiligrath. Auch von diesen Dichtern trug der Redner einige der charakteristischsten Gedichte vor.

Die Versammlung gab durch reichen Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten zu erkennen.

Barbiere, Friseure etc. Berlins und Umgegend. Oeffentliche Versammlung am Donnerstag, den 29. November, Abends 10 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33. Vortrag des Herrn Waldeck Manasse über „Der Kampf ums Dasein".

Verein deutscher Schuhmacher. Montag, den 3. Dezember bei Buske, früher Seefeld, Grenadierstr. 33: Kombinirte Versammlung.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8½–10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 170a: Geschichte (neue). Süd-Schule, Waldemarstraße 14: Geschichte (alte). Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 5. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 3 Tr. **Donnerstag.** Abends 9 bis 11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor St. Urban, Annenstr. 9, bei Albert Prox. — Gesangverein Freundschaft I, Swinemünderstr. 36 Gesellschaftshaus. Kornblume, Gr. Frankfurterstr. 133 bei Gold. — Vorwärts II, Schönhauser Allee 38 bei Reile. — Fröhlichsinn, Bülowstr. 66, bei Werner. — Brezelschluß, Annenstraße 16, Louisenstädtisches Klubhaus (Ehrenberg). — Dorfglöcklein, Deutsch-Wilmersdorf, Uhland- u. Pariserstr.-Ecke bei Wendt. — Jaget nicht, Steglitz, Schloßstr. 66a, Zur Börse. — Borax, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — Harmonie I, Tempelhof, Dorfstr. 19 b. Gerth. — Steinsetzer-Sängerchor, Kastanien-Allee Nr. 28 bei Fiebiger. — Kreuzberger Harmonie, Schönleinstr 6 bei Kraatz. — Flöter'scher Gesangverein, Koppenstr. 47 bei Wilhelm Lorenz. — Sängerchor Berliner Kürschner, Weinstr. 11 bei Feindt. — Arbeiter-Gesangverein Oranienburger Vorstadt, Hochstr. 39a bei R. Wilke. — Gesangverein Gleichheit, Schönhauser Allee 158 bei Rocita. — Abendroth, Deutsch-Wilmersdorf, Gützelstraße, bei Liebelt. — Ost- und Westpreußischer Männer-Gesangverein, Kraustr. 6 bei Rudolf. — Arbeiter-Gesangv. Morgenroth IV, Köpenick, bei Wolfstein, Adlershof, Bismarckstraße. — Gesangverein Völkerfrühling, Schützenstraße Nr. 33 bei Otto. — Eintracht II, Glienecke bei Adlershof, Köpnickerstraße bei Witte. — Arion II, Prenzlauer Allee 38 bei Kiekel. — Zukunft III, Gelten i. d. Mark, Wilhelmstr. 19 im Hotel W. Grunow. — Brüderschaft, Stallschreiberstr. 20 „Zum eichenen Stab". — Liedes Echo, Reichenbergerstr 24 bei Tauschke. — Treu und Fest, Lebuserstr. 5 bei Nemitz. — Bruderbund, Lübbener- u. Görlitzerstraßen-Ecke. — Gerstenähre (Brauer), Blumenstr. 38 bei Wiedemann. — Frohsinn II, Friedrichsberg, Warthenbergstr 67 bei Lange. — Arbeiter-Gesangverein Vineta, Kastanien-Allee 11 bei Augustin. — Gesangverein Junge Eiche, Reinickendorf, Gesellschaftsstraße 11 bei L. Hartmann. — Alpenröslein, Bergstr. 69 bei Hilgenfeld. — Arbeiter-Gesangv. Eintracht III, Eberswalde, Eisenbahnstr. 77 bei Düball. — Gesangv. Oberon, Kommandantenstr. 20, Arminhallen. — Alpenrose, Forsterstr. 33 bei Tügner. — Edelweiß III, Wollinerstr. 63. — Sängerrunde, Naunynstraße 57 bei Jablonski. — Morgenroth I, Rummelsburg, Türrschmidtstraße 33 bei Schröder. — Gesangverein Widerhall, Naunynstr. 56 bei Zubeil. — Gesangverein Morgengrauen, Neue Friedrichstr 44 bei Rölig. — Gesangverein Lyra II, Charlottenburg, Wallstraße 102 bei Maschetzki. — Gesangverein Vorwärts IX, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 29, „Bismarckshöhe". — Süd-Ost II, Falckensteinstr. 7 bei Drittelwitz.

Lese- u. Diskutirklubs. Donnerstag. Diezgen, Abends 8½ Uhr, bei Schröder, Wiesenstr. 39. — Neue Zeit, Abends 8½ Uhr, Boyenstr. 40, bei Giesbolt. — Süd-Ost, bei Zoifsdorf, Sorauer- und Görlitzerstraßen Ecke. — Klub der Freunde bei Gnadt, Puttbuserstraße 32. — Lese- und Diskutirklub Reimer bei M. Bahr, Gerichtstraße 19. — Hasenclever, Abends 8½ Uhr, Restaurant Lange, Baumschulenweg 32 Treptow. — Sozialistischer Lese- und Diskutirklub Abends 8½ Uhr, Reichenbergerstr. 167, Sitzung. — Diskutirklub „Zeitgeist" jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. des Monats bei Tempel, Langestr. 65, Abends 8½ Uhr. — August Geib Abends 9 Uhr im Restaurant Zubeil.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: D Gent, Adalbertstr. 36. **Donnerstag:** Rauchklub Graue Wolke, Kraustr. 48. — Verein Grüne Eiche (vor dem Halle'schen Thor), Abends 9 Uhr, bei Gaugr. Mittenwalder-Straße 2. — Humoristischer Klub Universum, Veteranenstr. 18, bei Schulz. — Geselliger Klub der alten Moabiter, Emdener- u. Wadenserstr.-Ecke bei Schirmer, Abends 9–10. — Skatklub Tournee, bei Retanz, Wrangelstr. 84.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Turnverein Fichte IV, Männerabtheilung turnt jeden Donnerstag, Abends von 8 bis 10 Uhr, Gemeindeschul-Turnhalle Stephanstr. 3 (Moabit). — Gesangverein Lyra, Abends 9 Uhr im Restaurant Bergstr. 17. — Buchsdorf'scher Männerchor von 8–9 Uhr Notenstunde; von 9–11 Uhr Uebungsstunde bei Brüning, Rosenthalerstr. 11–12. — Gesangverein Jugendfreunden, Männerchor. Abends von 9–11 Uhr bei Wernau, Rosenthalerstr. 67.

Arbeiter-Zitherverein Einigkeit, Abends 8½ Uhr Uebungsstunde bei Nowack, Manteuffelstraße Nr. 9. — Geselliger Arbeiterverein Hoffnung bei Giller, Mariannenstraße 48. Alle 14 Tage Abends 8½ Uhr. — Vergnügungs- und Touristenklub Freie Brüder, Abends 9 Uhr bei Roll, Adalbertstr. 21. — Ruderverein Vorwärts, Abends 8½ Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. — Skatklub Sanfter Heinrich b. H. Brandt, Reichenbergerstr. 122.

Orts-Krankenkasse
der **Strumpfwirker.**
Einladung
der Arbeitnehmer-Vertreter zur

Generalversammlung

am **Sonnabend,** 8. Dez., Ab. 8½ Uhr,
in **Feind's Salon,** Weinstraße 11.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorstandes für 1895.
2. Wahl des Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses für 1894. 1324b
3. Wahl des Rechnungs- und Kassenführers.
4. Verschiedenes.

Kassenmitglieder haben als Gäste Zutritt. **Der Vorstand.**

Eine leistungsfähige Brauerei in der nächsten Nähe Berlins sucht wegen Abgangs ihres Vertreters in Berlin einen tüchtigen Vertreter mit Niederlage.

Offerten unter **G. H.** an die Expedition dieser Zeitung. 1145L

Die Brauerei C. A. Müller,
Potsdam,
empfiehlt ihr vorzügliches
Lager-, Pilsener- und Münchener-Bier
und bittet Bestellungen direkt oder an den Verleger Herrn **G. Paetzold, Berlin NO., Friedenstr. 93,** zu richten.
Telephon der Brauerei: Amt Potsdam Nr. 280. 1318b

Möbel-
Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtoiletten, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophatische 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureaux, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

In
Roh-Tabaken
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten

!! billigster Einkauf!!

W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Möbel-
Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten rc. im Möbelspeicher, 867L*
Rosenthaler-Strasse 13, I.
Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verliehen gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nußbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Muschelspinden 40, Trumeaux 65, Paneelsophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Coulissentische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lagerspeicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Filz- und Seidenhüte

mit Kontrollmarke in allen Façons und Farben. **Mützen, Pelzwaaren, Kravatten.** Reelle Waare zu soliden Preisen, empfiehlt
1165b **F. A. Pelzer,**
SO. 10 Neander-Strasse 10. SO.

Landsberger Allee No. 40—41. **Elysium.** **Landsberger Allee No. 40—41.**
Sonnabend, den 1. Dezember 1894:

Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert
zum Besten der ausgesperrten Brauereiarbeiter

arrangirt von den Gesangvereinen „**Freier Männerchor Nordwest**", „**Glück zu**". „**Lyra II**", „**Syrene**", „**Weddinger Harmonie**" und „**Treu und Einigkeit**" (Mitgl. des A.-S.-B.)
unter Leitung ihres Dirigenten **Primmel.**
Anfang 8½ Uhr **Programm 20 Pf.**
Nach dem Konzert:

Grosser Ball.

Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Mitgliedern der betreffenden Vereine zu haben. 129/10

Achtung! **Freier Wille!** Achtung!
Sonntag, den 2. Dezember, im **Elysium, Landsberger Alle 40—41: Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert** verbunden mit **Theater-Aufführung,** unter gefl. Mitwirkung des Gesangvereins **Olympia** (M. d. A.-S.-B.). Dirigent Herr **Blobel.** Die Musik wird von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker" ausgeführt. Anfang 4 Uhr. **Reichhaltiges Programm.** Nach der Vorstellung: **Familienkränzchen.** Progamme vom Todtensonntag haben volle Giltigkeit und sind à 30 Pf. an den bekannten Stellen zu haben. 1317b
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorsand.**

Pelzwaaren-Fabrik, Göbel & Reinecke
Einzelverk. z. Fabrikpreisen.

Verkaufsstellen direkt in der Fabrik
Stallschreiber-Strasse No. 50/51, I (Ecke Alexandrinenstraße) und
Jerusalemer-Strasse 65 (Laden, an der Kirche).
Sämmtliche Waaren sind aus besten Winterfellen unter unserer eigenen fachmännischen Leitung hergestellt. Telephon Amt IV 9790.

Die Waarenbestände
aus der **Max Grün'schen**
Konkursmasse
und andere Waaren
Nr. 50-51, Kastanien-Allee 50-51, Ecke Zionskirchstraße,
bestehend aus
Kleiderstoffen, Wollwaaren, Wäsche u. Leinen
werden werktäglich in den Stunden **9—1 Uhr** und **2½—7 Uhr** zur festgesetzten **Taxe** ausverkauft. **Die Verwaltung.**

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparat. sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [678b

---

Zu haben in allen Colonialwaarenhandlungen

Halb und Halb.
Mampe mit *Pomeranzen*
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Likörfabrik Berlin. N. 28

Uhren- u. Goldwaaren, gut u. billig, da ich Ladenmiethe erspare, jede Uhr zu repariren u. reinigen, **Feder** unter Garantie 1,25 M. **Hirschfeld,** Uhrmacher, Rosenthalerstr. 57 v. 2 Tr.

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume**
gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren bestehenden Waarenlagers:
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portièren! Leinenwaaren!
zu spottbilligen Preisen zum **Ausverkauf.**
Am Stadtbahnhof Börse. **J. Brünn** Am Stadtbahnhof Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Specialgeschäft
für **Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte** und **Vogelfutter**
von **H. Matthés,**
Grüner Weg 70 (nahe d. Koppenplatz) empfiehlt Wiener oder Kaiser-Auszugmehl 5 Pfund 90 Pf. Weizenmehl bester Sorte 5 Pfund 65 Pf. Weizenmehl zweiter Sorte 5 Pfund 60 Pf. Türk. Pflaumenmuß sehr süß und wohlschmeckend à Pfund 20 Pf. [1187L*

---

37 Als anerkannt reelle und **37**
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfénidewaaren (Eg.Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Straße **37**

Unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle
Ächt **Silber-**

Herrenremontoiruhr.
2 Jahre Garantie, kein Risiko, da Umtausch gerne gestatt. Geg. Nachn.
M. 10.50
Verl. gfl. Preisliste.
Nickelrem. v. 3,-
Regulateur v. 6,-
Louis Lehrfeld, Pforzheim. 168

[1000] **Damen!!!**
Seiden-Plüschjaquets mit kleinen unscheinbaren Webefehlern 12—30. **Abendmäntel** auf Seide wattirt u. Pelzbesatz 8—15. **Seiden-Matelassé-Mäntel, Capes** v. 12—30. **Regenmäntel,** um z. räumen, 5—12. **Neueste Winterjaquets** 5—25 M.
Landsbergerstr. 48 I Treppe.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirthschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelkleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureaus, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneelsophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Coulissentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis Januar kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Presskohlen,

anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend. 92
Preise pro November:
Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M.
Marke Centrum II, 16 Ctm. lang 5,50 „
Senftenberger Ilse, 18 Ctm. lang . . . . 7,— „
pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn und Packen.
Probekohlen gratis frei Haus.

Frischeisen & Co.,
Muskauerstr. 4,
nahe Görlitzer Bahnhof
2. Geschäft: Bergstr. 35a.
Unter den Linden 29.

Klingbeil & Co.
(Inhaber **E. Vogtherr**)
Petroleum-Groß-Handlung
Berlin **SW., Stephanstr. 29,**
billige und reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer von nur reinem
Prima Kristall-Petroleum u. Prima Salon-Petroleum
in Fässern und Kannen von ¼ und ½ Zentner Inhalt. 1116L*
Freie Zusendung. Fernspr.-Anschluß.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-Handlung Rosenthaler-Straße 13.

Carl Meyer, **a. d. Stadtbahn 23 II** **Feuer-, Glas-**Versicherung, sucht Agenten bei Gehalt, Provision, Spesen. 921L*

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 × 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, **Grösse 150 × 200 cm.**
per Stück 4,50 M. sonstiger Preis 9 M.
Meine illustrirte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko.
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstraße 158.

Achtung!

Zahnersatz, auch Theilzahl., wöchentl. 1 M., **Guckel,** Lausitzer Pl. 2, Elsasserstraße 12.

Homöopath. Arzt Dr. **Hösch,** Linienstraße 149, 8—10, 5 bis 7, Sonntags 8—10 Uhr. 74L*

Reines Roggenbrot 1277b empfiehlt **Pfeiffer's** Brot-Bäckerei, Brunnenstr. 161 a. d. Hof (kein Laden).

Möbel, gebrauchte, kauft **Bartsch,** Schützenstr. 2

Buchhandlung des „Vorwärts"
Berlin SW., Beuthstr. 2.

Zum Studium über die Stellung der Sozialdemokratie zur Landagitation empfehlen wir:

Zur Landagitation. Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.

Soziale Frage auf dem Lande. 1. Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preußen. 2. Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebes durch die landwirthschaftliche Großproduktion. Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Soziale Frage und Bodenverstaatlichung. Von **Conrad Schmidt.** Preis 15 Pf. Porto 3 Pf.

Deutsche Zucker-Industrie und ihre Subventionirten. Von **Max Schippel.** Preis 15 Pf. Porto 3 Pf.

Junker und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse Von **P. Kampffmeyer.** Preis 15 Pf. Porto 3 Pf.

Das platte Land und die Sozialdemokratie. Von **E. Effner.** Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Von **P. Kampffmeyer.** Preis 25 Pf. Porto 5 Pf.

Die Epigonen der Raubritter. Ein Beitrag zur Entwicklungs-Geschichte unseres Junkerthums. Preis 75 Pf. Porto 10 Pf.

Frankfurter Kongreß-Protokoll. Preis 25 Pf. Porto 10 Pf.

In Partien billiger.

Bei Bestellungen von Auswärts bitten wir den Betrag inkl. Porto in Briefmarken der Bestellung beizufügen.

Armin-Hallen
Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20—600 Personen.

Genossen empfehle ich meine **Wasch- u. Plättanstalt** bei kostenloser Abholung der Wäsche und pünktlicher Lieferung. Bestellung per Postkarte wird vergütigt.
[1310b] **J. Fest, Wasserthorstr. 24.**

Als **Schneiderin** empfiehlt sich Frau **Berech, Exerzierstr. 18,** 3 Tr.

Schneiderin empfiehlt sich (Robe 7 M.) **E. Randel,** Liegnitzerstr. 17, Querg. 1 Tr. 1323b

---

Allen Freunden und Genossen mache bekannt, daß ich das
Schankgeschäft
von Herrn **Weber**
Neu-Hohen-Schönhausen
übernommen habe und bitte um regen Zuspruch. 1307b
Ferd. Krause.

Guitarrespieler
welche einem Klub beitreten wollen — auch lernen — mögen sich melden: Ryke-straße 38 b. **Dietrich.** 1816b

---

Milchkübel, Kannen, Satten, Maße, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen Butterkneter, Drehrollen.
Jordan, Kl. Markusstr. 28.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schutzmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg.
711.* **H. F. Dinslage,**
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Saal. Vereinszimmer, 15—100 Personen fassend, frei, auch Sonntags, Alte Jakobstr. 83. 1251b

---

Wohnungen, kleine, freundliche, sofort oder später zu vermieth. **Grünauer-Strasse 25.** 1162b*

Friedrichsgracht 44, v. 1 Tr. links, Reichert, möb. Schlafst., sep. Ein., Herrn.

Möbl. Schlafstelle, Herrn, Brandenburgstr. 4, v. 4 Tr., Bäcker. [1315b

---

Frdl. Schlafst., b. Schmidt, Koppenstraße 30 v. 3 Tr. 1320b

Möbl. Schlafst., sep., b. Ww. Scholz, Mehnerstr. 5, Querg. I, an d. Landsbergerstraße. 1308b

---

Anständ. j. Mann findet Schlafstelle, Manteuffelstr. 90, 4 Tr. 1325b

---

Schlafst., sep. Eing., für 1 o. 2 Mädch., Reichenbergerstr. 161, 3 Tr., Hoffmann.

Arbeitsmarkt.

Farbigmacher verl. Oranienstr. 119.

---

1 Barockvergolder und 1 Versilberer auf Leisten verlangt 1280b
Kottbuser Ufer 32.

Farbigmacher verlangt, Dresdenerstraße 97, 4. Hof 4 Tr. links. [1319b

---

Versilberer a. Leisten verl., Freienwalderstr. 20. 1321b

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Beuthstraße 2.